

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Astrid von Borcke

Der Kreml und  
die Politik der Entspannung

Abraham Brumberg

Zur Opposition  
von Intellektuellen  
in der Sowjetunion

B 45/74

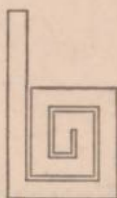
9. November 1974

Astrid von Borcke, Dr. phil., geb. 12. 1. 1940 in Hamburg. Studium der politischen Wissenschaft, russischen Sprache und Geistesgeschichte an der Harvard Universität, in Hamburg und am Institut de Hautes Etudes Internationales, Genf. Seit 1972 Mitarbeiterin des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Das April-Plenum 1973 des Zentralkomitees der KPdSU und die Umbesetzungen im Politbüro, in: Osteuropa, 12/1973, S. 917—929; Der Umtausch der Parteidokumente in der Sowjetunion 1973/74. Vorgeschichte und Perspektiven, in: Österreichische Osthefte, 2/1974, S. 162—179; Rußlands erste Revolution, 1825, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 8/1974, S. 451 bis 469. In Vorbereitung befindet sich das Buch: Die russischen Jakobiner. Die Ideologen der Diktatur im vormarxistischen russischen Radikalismus und die Genese des Bolschewismus.

Abraham Brumberg ist Mitarbeiter bei der United States Information Agency und hat über längere Zeit die Schriftenreihe „Problems of Communism“ herausgegeben.

Veröffentlichungen (als Herausgeber): „Russia under Khrushchev“ und „In Quest of Justice — Protest and Dissent in the Soviet Union Today“.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Der Kreml und die Politik der Entspannung

## Machtkonstellationen und Richtungskämpfe

### Die Politik der „friedlichen Koexistenz“ im Lichte der sowjetischen Innenpolitik

Man hat die Aufgabe des „Kremlologen“ — nämlich das Verfolgen der „Machtkonstellationen und Richtungskämpfe im Kreml“ — recht treffend mit der des Beobachters der absolutistischen Höfe von ehemals verglichen<sup>1)</sup>. Denn das sowjetische System ist geeignet, die Prozesse seiner Entscheidungsfindung prinzipiell vor der Welt geheimzuhalten. Sein oberstes Führungsgremium, das Politbüro<sup>2)</sup>, ist weder in der Verfassung noch in einem Gesetz erwähnt. Über seine Tagungen gibt es praktisch keine Kommunikés, und seine Mitglieder haben seine Geheimnisse nicht preisgegeben, seitdem Stalin 1929 seine „cabinet secrecy“ verordnete. Seit Trockijs Zwangsenteuerung im Jahre 1928 hat es keine prominenten Überläufer gegeben, die willig und in der Lage gewesen wären, den Schleier des Geheimnisvollen über diesem Gremium zu lüften. So ist es bezeichnend, wenn es auch im zweiten Teil von Chrusčevs Memoiren sorgfältig vermieden wird, allzu viel zu sagen, was auf die Einstellung der einzelnen Führer oder ihre Debatten im Verlauf der

letzten fünfzehn Jahre schließen lassen könnte<sup>3)</sup>.

Je mehr man sich der Spitze der sowjetischen politischen Pyramide nähert, desto fließender werden (wenigstens in der Praxis) die Kompetenzen, so daß man mit einer gewissen Berechtigung einfach vom „Kreml“ spricht. Persönliche, quasi-feudal anmutende Machtverhältnisse beginnen, eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen. Gerade die Zeiten „kollektiver Führung“ begünstigen schwankende Bündnisse, wenn sie andererseits auch die

Abraham Brumberg:

Zur Opposition von Intellektuellen  
in der Sowjetunion ..... S. 17

Führer zwingen, sich schließlich zu einem Konsensus durchzuringen.

Augenblicklich stehen die Politik der Entspannung, ihre innenpolitischen Voraussetzungen und ihre mutmaßlichen Rückwirkungen auf das System natürlich im Mittelpunkt der laufenden Debatten in der sowjetischen Führung<sup>4)</sup>. Aus den sowjetischen Publikationen gewinnt man zwar ein Bild von den diskutierten Fragen und den vertretenen Standpunkten<sup>5)</sup>, weniger leicht ist es jedoch, jedsomal festzustellen, zu welcher Konzeption genau die einzelnen Spitzenführer neigen.

Insofern bieten die Reden der Mitglieder des Politbüros anlässlich der Verleihung von „Orden der Völkerfreundschaft“ in ihrer relativ ungekürzten Form in der Provinzpresse einen

<sup>1)</sup> Vgl. Robert Conquest, *Power and Policy in the USSR. The Study of Soviet Dynasties*, London, New York, 1962, S. 6. Ders., *Russia After Khrushchev*, London, 1965, S. 57.

<sup>2)</sup> S. Wolfgang Leonhard, *Hinter der Kreml-Mauer. Wie wird die Sowjetunion regiert?*, in: *Die Zeit*, 27. März 1964, S. 4. Merle Fainsod, *How Russia is Ruled*, Revised Edition, Cambridge, Massachusetts: Harvard U. P., 1963, S. 307—345. Ein Überblick über die Literatur zum Politbüro findet sich im Aufsatz der Verfasserin, *Das Politbüro und die Probleme der „kollektiven Führung“*. *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Köln, Nr. 11/1973.

<sup>3)</sup> Vgl. Amalric, in: *Le Monde*, 28.—29. April 1974, S. 33.

<sup>4)</sup> Roy Medvedev, *The Problem of Democratization and the Problem of Detente*, *Radio Liberty, Research Bulletin*, RL 359/73, November 19, 1973; s. auch *Die Zeit*, 16. und 23. November 1973.

<sup>5)</sup> S. zu dieser Frage den in seinem methodischen Ansatz hochinteressanten Aufsatz von Lawrence T. Caldwell, *Soviet Attitudes to SALT*, *Adelphi Papers* Nr. Seventy-Five, February 1971.

gewissen, nicht gerade häufigen gleichzeitigen Einblick in die Ansichten der sowjetischen Führer. Hier sollen nicht die zahlreichen Reden resümiert werden, die um die Jahreswende 1973/74 geradezu kampagnenähnlichen Charakter annahmen. Sie waren ganz offenkundig nach einheitlichem Muster abgefaßt und überschritten sich daher *prima facie* weitgehend. Ziel dieses Essays ist es vielmehr, zu versuchen, die Besonderheiten in den individuellen Auffassungen über die Entspannungspolitik herauszuarbeiten im Hinblick auf die dahinterstehenden Interessen und Motivationen. Im Politbüro sitzen die Leiter der mächtigsten und wichtigsten Apparate — eine Tendenz, die sich bei der Auswahl seiner Mitglieder in der letzten Zeit noch verstärkt hat (und dieses Gremium institutionell zukünftig noch mehr festigen könnte).

Besondere Nuancen enthielten die kürzlich gehaltenen Reden in der Tat vor allem im Bereiche der außenpolitischen Stellungnahmen. Worum es letztlich bei diesen Fragen geht, ist nicht weniger als eine Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Neuerung und denen der Beharrung im sowjetischen System. Akademiemitglied N. Inozemcev, der prominente Leiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, hat das vorsichtig angedeutet, als er kürzlich im *Kommunist* schrieb, es könne nur schaden, „alte Formeln zu wiederholen, wo sie sich längst überlebt haben“, und nicht fähig oder nicht willens zu sein, „neue Probleme neu anzupacken“<sup>6)</sup>.

## 2. Die Verfechter der Détente

Roj Medvedev hat mit Recht bemerkt, es seien in erster Linie die Außenpolitiker und Wirtschaftsführer, die das größte Interesse an der Entspannung hätten und auch am besten auf ihre Folgen vorbereitet seien, also Vertreter des Staatsapparates.

### a) Die Außenpolitiker

Der entscheidende Faktor hinter der Politik der „friedlichen Koexistenz“ ist das imperative Gebot der Verhinderung eines Nuklearkrieges<sup>7)</sup>. Insofern sprechen sowjetische Führer zu Recht von ihren „objektiven“ Voraus-

setzungen, unabhängig von der jeweiligen politischen „Konjunktur“<sup>8)</sup>. In Gromykos Worten vor der XXIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 3. Oktober 1968: „In unserer Zeit geben sich nur unwissende Leute oder pure Abenteurer nicht Rechenschaft darüber ab, was ein bewaffneter Konflikt zwischen den beiden sozialen Systemen bedeuten würde... Die Welt hat längst den Punkt erreicht, an dem die Fortsetzung des Wettrüstens Wahnsinn wird“<sup>9)</sup>.

Im September d. J. äußerte er sich vor den UN wieder im gleichen Sinne<sup>10)</sup>.

Dieses Grundproblem veranlaßte auch Brežnev, der sich wiederholt über „zahnlosen Pazifismus“ mokiert hat, die Fähigkeit eines heutigen Staatsmannes an seiner Einstellung zur Friedensproblematik zu messen<sup>11)</sup>. Ein Leitartikel der *Pravda* von V. Petrov vom Dezember 1973 umriß die Grundmotivation der Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit aller Deutlichkeit: „Die KPdSU strebt danach, daß so der historisch unausweichliche [wirtschaftliche, politische und ideologische Kampf zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus] in eine Bahn gelenkt wird, die nicht mit Krieg droht, mit gefährlichem Konflikt und unkontrolliertem Wettrüsten“<sup>12)</sup>.

Soweit das Minimum der Zielsetzung. Die Vertreter des Staatsapparates, die für Diplomatie und Handel zuständig sind, dürften aber z. T. wahrscheinlich noch weiterreichende Ziele haben.

### b) Die Wirtschaftsführer

Das sowjetische System legitimiert sich mit dem Anspruch, nicht nur gerechter, sondern auch effizienter als das „anarchische“, „kapitalistische“ Wirtschaftssystem zu sein bzw. zu werden. Schon aus diesem Grunde kann es sich auf die Dauer den Rückstand zum Westen in verschiedenen entscheidenden Bereichen der modernen Industrie nicht leisten<sup>13)</sup>. Um sich nicht doch noch eines Tages in der

<sup>6)</sup> So Ponomarev zu Lenins 104. Geburtstag, in: *Pravda*, 30. April 1974, S. 4, Spalte VIII; Gromyko vor der UN-Generalversammlung, in: *Pravda*, 26. September 1973, S. 4, Sp. I; Andropov anläßlich der Wahlen zum Obersten Sowjet, in: *Pravda*, 6. Juni 1974, S. 2, Sp. III.

<sup>7)</sup> *Pravda*, 4. Oktober 1968, S. 4, Sp. I, III.

<sup>8)</sup> *Pravda*, 26. September 1973, S. 4, Sp. III.

<sup>9)</sup> *Pravda*, 27. Oktober 1973, S. 1, Sp. VII.

<sup>10)</sup> *Pravda*, 21. Dezember 1973, S. 3, Sp. VIII.

<sup>11)</sup> Vgl. Carl Lüdgers, Gedanken zur sowjetischen Entspannungspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21/74, 25. Mai 1974.

<sup>6)</sup> N. Inozemcev, *Leninskaja teorija imperalizma i sovremennost'*, in: *Kommunist* No. 6, April 1974, S. 67.

<sup>7)</sup> Vgl. K. Bočakarev und I. Sidelnikov, *Novaja epocha, novye vyvody*, in: *Krasnaja zvezda*, 21. Januar 1965.



Nähe jener „zweitklassigen Provinzmacht“ zu finden, von der Sacharov gesprochen hat, blieb offensichtlich nur die Alternative: grundlegende interne Reformen oder begrenzte „Öffnung nach Westen“ in der Hoffnung auf den Einstrom von technischem „know how“ und zusätzlichen Ressourcen. Nur so scheint die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik lösbar, nämlich (in Brežnevs Worten): „eine scharfe Wendung in Richtung auf die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft auf der Grundlage der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes“<sup>14)</sup>. Denn man ist sich bewußt, wie auf dem Dezember-Plenum 1973 zugegeben wurde, daß es Wirtschaftsprobleme gibt, „die man mit Recht Wachstumsprobleme nennt“<sup>15)</sup>. In ihrer Überwindung sieht die Partei nichts weniger als ihre Hauptaufgabe. „Heute dem Leninischen Kurs folgen, heißt vor allem, seine Bemühungen auf die Schaffung der materiell-technischen Grundlagen des Kommunismus ausrichten“, erklärte kürzlich ZK-Sekretär Ponomarev<sup>16)</sup>.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Ministerpräsident Kosygin 1965 durchblicken ließ, daß er im Grunde die „sehr großen Ausgaben“ für die Verteidigung gern anderen Wirtschaftszweigen zugeführt sähe<sup>17)</sup>. Aus denselben Erwägungen heraus hatte ein anderer Befürworter von Wirtschaftsreformen, Staatsoberhaupt Podgornyj, im Mai 1965 direkt erklärt, die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie und die Verstärkung der Verteidigung seien nicht „realistisch“ in Hinblick auf die materiellen Opfer, die dadurch der Bevölkerung abverlangt würde<sup>18)</sup>.

Angesichts des fühlbar werdenden Mangels an Arbeitskräften sind zur Schaffung der neuen Arbeitspsychologie, zu der Brežnev aufgerufen hat, nicht zuletzt auch „materielle Anreize“ nötig, d. h., man muß dem lange vernachlässigten Verbraucher bzw. „den Bedürfnissen der Gesellschaft“ (Kosygin) entgegenkommen. Das aber erfordert, wie Kosygin im November 1973 in Minsk erklärte, „gewaltige Ressourcen“<sup>19)</sup>.

Es ist also nur natürlich, wenn sich die Vertreter des Staatsapparates, die für die Erfüllung der hochgesteckten Planziele verantwortlich sind, für die Entspannung interessieren müssen als Voraussetzung für die Konzentration auf den inneren Aufbau, wenn nicht gar als Quelle für neue Ressourcen. Gewisse Kreise erhoffen vielleicht sogar, daß die neue Außenpolitik auch einen liberalisierenden Einfluß nach innen haben könnte. Zudem dürften die Wirtschaftsführer das Abzweigen von ohnehin knappen Mitteln zur Unterstützung „nationaler Befreiungsbewegungen“, die sich allzuoft schließlich als von dubiosem politischen Wert erweisen, auch

#### INHALT

1. Die Politik der „friedlichen Koexistenz“ im Lichte der sowjetischen Innenpolitik
2. Die Verfechter der Détente
  - a) Die Außenpolitiker
  - b) Die Wirtschaftsführer
3. Der Sicherheitsapparat. Andropov ein „Falke“?
4. Die Gegner der Entspannung
  - a) Die Militärs
  - b) Der Parteiapparat
5. Die Brežnevsche „Synthese“
6. Schlußbetrachtung

nicht gerne sehen, und die Sowjetunion hat bei ihrer Auslandshilfe unter Chruščevs Nachfolgern in der Tat eine Wendung zu ganz pragmatischen „cost-benefit“-Erwägungen vollzogen, so wenn z. B. kürzlich Cuba die wirtschaftliche Wiederannäherung an die USA nahegelegt wurde.

Kosygin rief im November 1973 zu internationaler Kooperation auf und erklärte, die Bemühung um den Frieden sei die Hauptaufgabe der Politik<sup>20)</sup>; in gleichem Sinne äußerte sich wiederholt Podgornyj. Ist doch die Entspannung die Voraussetzung für die Konzentration auf den inneren Aufbau und jene „ständige Sorge um die Wohlfahrt des Volkes“, in der Podgornyj schon im Frühjahr 1965 die Hauptaufgabe der Partei gesehen hatte<sup>21)</sup>. So äußerte sich das sowjetische Staatsoberhaupt bei seiner Analyse der internationalen Lage immer wieder betont mäßigend. Im Dezember 1973 warnte er in Riga eindringlich vor einem

<sup>20)</sup> Ebenda.

<sup>21)</sup> Pravda, 22. Mai 1965, S. 2, Sp. III.

<sup>14)</sup> Pravda, 24. April 1974, S. 1, Sp. VII.

<sup>15)</sup> Anonymer Leitartikel des Kommunist No. 4, 1974, S. 5.

<sup>16)</sup> Pravda, 22. April 1974.

<sup>17)</sup> Pravda, 12. Juli 1965.

<sup>18)</sup> Pravda, 22. Mai 1965; Roman Kolkowicz, The Soviet Military and the Communist Party, Princeton, New Jersey: Princeton U. P., 1967, S. 303.

<sup>19)</sup> Sovetskaja Belorussija, 15. November 1973, S. 2, Sp. VII.

neuen Kriege (schon die Provinzzeitung „entschärft“ seine Schilderungen etwas). Vielleicht war das eine Anspielung auf Pläne eines eventuellen Präventivkrieges gegen China<sup>22)</sup>. Angesichts der Geschehnisse im Nahen Osten betonte er die Komplexität der Lage (eine wenig kommunistische Einstellung) und rief zu einer Lösung im Interesse des Weltfriedens auf<sup>23)</sup>. Er wünscht dabei eine „demokratische Lösung der internationalen Probleme“, die (eine verkappte Spitze gegen die Brežnev-Doktrin?) „auf Grund der Gepflogenheiten der internationalen Gemeinschaft“ ausgearbeitet werden sollte<sup>24)</sup>. Im Februar wiederholte er noch einmal seine bereits im August 1973<sup>25)</sup> verkündete optimistische Einschätzung der internationalen Lage: „Die letzten Jahre haben, wie bekannt, große Erfolge für die Außenpolitik der Sowjetunion gebracht. Die Weltlage ändert sich fühlbar zugunsten der Entspannung und Stärkung des Friedens, der Sicherheit und der Völkerfreundschaft, der Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit“<sup>26)</sup>.

Der ehemalige ZK-Sekretär, der sich seinerzeit der kommunistischen Weltbewegung zu widmen hatte<sup>27)</sup>, vermag allerdings nicht die letzten Konsequenzen aus einer Auffassung von der Priorität der inneren Wohlfahrt zu ziehen. Er sieht die Entspannung doch immer wieder zugleich unter dem Gesichtspunkt wachsender revolutionärer Chancen, so wenn er gleich im Anschluß an das oben von ihm entworfene optimistische Weltbild erklärte: „Die Stellung des Sozialismus, all der Kräfte, die für die nationale Befreiung und den sozialen Fortschritt eintreten, ist noch weiter konsolidiert“.

Nicht unähnlich dem Ministerpräsidenten und dem Staatsoberhaupt äußerte sich auch Gromyko im Januar in Erevan, legte aber dabei zugleich auch ein vorsichtiges Bekenntnis zur „Verteidigungsmacht“ ab, wie er überhaupt als Außenminister die Großmachtrolle der Sowjetunion immer besonders im Auge haben dürfte<sup>28)</sup>.

Die traditionelle „Achillesferse“ der sowjetischen Wirtschaft ist bekanntlich die Landwirtschaft. Der im Februar 1973 vom Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten zum bloßen Landwirtschaftsminister degradierte Dmitrij S. Poljanskij benutzte die Gelegenheit der Ordensverleihung an Tadschikistan, um wieder einmal ein couragiertes Plädoyer für erhöhte Investitionen in seinem Bereich abzugeben. Poljanskij, ein noch relativ „jugendliches“ Politbüromitglied (er wurde am Tag der Oktoberrevolution geboren, ist also 57), hatte schon früher einen gewissen Hang zur Unabhängigkeit demonstriert und erklärte im letzten Dezember rundheraus, die Landwirtschaft sei „genauso wichtig“ wie jeder andere Zweig<sup>29)</sup> (eine verkappte Spitze gegen die Verfechter einer Priorität der Schwerindustrie), denn von ihrem Wachstum hänge das der ganzen Wirtschaft ab. Denselben Gedanken hatte er schon im Oktober 1967 angedeutet. Im Grunde zog er damit nur die Konsequenzen aus Brežnevs Äußerungen auf dem März-Plenum 1965<sup>30)</sup>. Mit dieser Einstellung, die der seines ehemaligen politischen Rivalen Podgornyj nahekommen dürfte, hat er sich allerdings inzwischen schon längst die Gegnerschaft der Schwerindustrie- und Rüstungs-„Lobby“ im ZK zugezogen. Denn eine solche Wende in der Agrarpolitik setzt natürlich eine entsprechende Innen- und Außenpolitik voraus, und Poljanskij war nur konsequent, wenn er — allerdings nach einem kurzen, inzwischen schon ritualistisch gewordenen Bekenntnis auch zur „Verteidigungsmacht“ — mit der Hoffnung auf eine Weltfriedensordnung schloß, nachdem er das bis dahin überhaupt optimistischste Bild über die Weltlage skizziert hatte.

Poljanskij, hart, kompetent und kultiviert, erscheint nach seinen politischen Rückschlägen von 1972-73 kaum noch als jener „Führer für die schweren 70er Jahre“<sup>31)</sup>, den man 1965 in ihm sehen konnte. Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet erwies sich kürzlich, daß er inzwischen im Politbüro auf den vierzehnten Platz abgerutscht ist. Doch erhielt seine Rede in Tadschikistan im letzten Dezember interessanter-

<sup>22)</sup> Christian Duevel, Podgorny at Odds with Brezhnev on Domestic and Foreign Policy Issues, Radio Liberty, Research Bulletin, RL 461/74, February 4, 1974, S. 8.

<sup>23)</sup> Sovetskaja Latvija, 27. Dezember 1973, S. 3, Sp. III.

<sup>24)</sup> Ebenda, S. 2, Sp. VIII.

<sup>25)</sup> Pravda, 1. August 1973, S. 2, Sp. III.

<sup>26)</sup> Pravda, 14. Februar 1974, S. 2, Sp. III.

<sup>27)</sup> Christian Duevel: DIB, No. 1660, Dec. 18, 1963.

<sup>28)</sup> Kommunist. Organ Central'nogo Komiteta KP Armenii, 20. Januar 1974, S. 2, Sp. V.

<sup>29)</sup> Kommunist Tadschikistana, 22. Dezember 1973, S. 2, Sp. VIII.

<sup>30)</sup> L. I. Brežnev, Leninskim kursom. Reči i stat'i. Bd. I. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1970, S. 66—100.

<sup>31)</sup> Boris Meissner, „Das Porträt: Dimitrij Stepanowitsch Poljanskij“. Osteuropa, Febr./März 1965, S. 170.



weise die größte Publizität im sowjetischen Fernsehen<sup>32)</sup>.

Weniger eindeutig dahingegen ist die Einstellung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Kirill T. Mazurov. Der neben Kosygin für die Industrie zuständige ehemalige weißrussische Partisanenführer gelangte 1965 ganz offensichtlich als Vertrauensmann der Partei mit breiten Befugnissen in den Regierungsapparat<sup>33)</sup>. Dieser Hintergrund hilft erklären, warum Mazurov, der ex officio keinen ideologischen Posten bekleidet, einen großen Teil seiner Rede in Kirgisien der ideologischen Problematik der „friedlichen Koexistenz“ widmete und nachdrücklich vor den Gefahren des Eindringens von bürgerlichem Ideengut warnte. Derartige Befürchtungen sind typisch für die Parteiführer aus den westlichen Grenzgebieten, wie das Beispiel Šelest und Mašerov beweist.

Im Grunde wiederholte Mazurov, was er bereits anlässlich der Feier der Oktoberrevolution 1968 gesagt hatte<sup>34)</sup>. Schon damals hatte er wesentlich die gleichen Warnungen ausgesprochen und trat doch zugleich für die Normalisierung des Verhältnisses zu den USA ein. Diesmal ging er sogar noch weiter, wenn er die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern ausdrücklich „auf lange Jahre“ forderte<sup>35)</sup>. Als Mann des Regierungsapparates kann sich Mazurov ganz offensichtlich nicht der Logik der wirtschaftlichen Realitäten entziehen.

Wenn es überwiegend Interessen des Staatsapparates sind, die für die Politik der Entspannung sprechen, so ist aber zu bedenken, daß diese Interessen schwerlich das Übergewicht bei der Entscheidungsfindung haben. Wenn auch seit dem April-Plenum von 1973<sup>36)</sup> im Politbüro das Gleichgewicht zwischen Partei- und Staatsapparat wiederhergestellt worden ist, so ist doch die Sonderstellung der Vertreter der drei hinzugekommenen Ressorts — Außenpolitik, KGB und Verteidigung — zu bedenken, die direkt dem

Politbüro unterstehen und nicht etwa dem Ministerpräsidenten, wenn auch theoretisch laut Verfassung der Ministerrat eigentlich die Außenpolitik festlegen sollte<sup>37)</sup>. Im Politbüro dominiert aber faktisch die Partei, wie Brežnevs Enthüllung unterstreicht, daß in Abwesenheit des Generalsekretärs nicht etwa Kosygin oder Podgornyj, sondern Suslov, der „zweite“ Sekretär, bzw. Kirilenko, der de facto „dritte“ Sekretär, den Vorsitz führen<sup>38)</sup>.

### 3. Der Sicherheitsapparat. Andropov ein „Falke“?

Mit gemischten Gefühlen müßte der Sicherheitsapparat die Entspannungspolitik betrachten. Der größere Kontakt mit den auf die Wohlfahrt des Individuums ausgerichteten Konsumgesellschaften des Westens könnte eine „revolution of rising expectations“ fördern und ideologisch zersetzend wirken, und es ist daher nur natürlich, wenn hohe Geheimpolitisten nachdrücklich nach „Wachsamkeit“ gerufen haben<sup>39)</sup>. Schon unter Šelepin, der sich 1965 zusammen mit Suslov als Sprecher der Rüstungslobby hervortat und vielleicht eine Aussöhnung mit China bevorzugte, sowie seinem Gefolgsmann Semičastnyj, widersetzte sich das KGB wiederholt und auf eigenwillige Weise der Chruščevschen Westpolitik<sup>40)</sup>. 1967 wurde dann Šelepin, der offenbar auch noch als ZK-Sekretär (seit dem Oktober 1961) für Sicherheitsfragen zuständig war, wegen seiner Kritik an der sowjetischen Politik im Nahen Osten, die zum Sechstagekrieg führte, zum Gewerkschaftsvorsitzenden degradiert und Andropov, bis dahin Leiter der ZK-Abteilung für die Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der

<sup>37)</sup> Siehe hierzu: Vladimir Petrov, „Formation of Soviet Foreign Policy“. Orbis, Vol. XVII, No. 3, Fall 1973.

<sup>38)</sup> Radio Free Europe Research, No. 1818, 15. Juni 1973.

<sup>39)</sup> Neue Zürcher Zeitung, 19. September 1973, S. 3, Sp. II.

<sup>40)</sup> Im Herbst 1959, als Chruščev in Camp David war, wurde ein Mitglied der amerikanischen Botschaft in Moskau verhaftet und der Spionage bezichtigt. Im Oktober 1963 erfolgte die Verhaftung von Prof. F. C. Barghoorn, wahrscheinlich um den kulturellen Austausch mit den USA zu torpedieren. Im September 1964 wurden drei amerikanische und ein britischer Militärattaché in Chabarovsk belästigt und das Giftgasattentat auf den deutschen Diplomaten Schwirkman verübt. S. Ronald Hingley, *The Russian Secret Police, Muscovite, Imperial Russian and Soviet Political Security Operations*, London, Hutchinson, 1970, S. 240—241.

<sup>32)</sup> Edmund Stevens, in: Times, 2. Januar 1974, S. 12.

<sup>33)</sup> Christian Duevel im Archiv von Radio Liberty, cas 1, 30. 3, 1965.

<sup>34)</sup> Pravda, 7. November 1968.

<sup>35)</sup> Sovetskaja Kirgizija, 22. Dezember 1973, S. 2, Sp. VIII.

<sup>36)</sup> Siehe hierzu den Aufsatz der Verfasserin: „Das April-Plenum 1973 des Zentralkomitees der KPdSU und die Umbesetzungen im Politbüro“, in: Osteuropa, Nr. 12, Dezember 1973, S. 917—929.

sozialistischen Länder (soweit bekannt, ohne Polizeihintergrund) sein Nachfolger, der offenbar das KGB wieder unter die Kontrolle der Partei zu bringen hatte.

Im letzten Dezember legte Andropov in Estland interessanterweise das wohl nachhaltigste Bekenntnis zur Entspannungspolitik ab als „den einzig richtigen, einzig wahren Kurs“<sup>41)</sup>. (Inzwischen hat er diese Formulierung noch einmal wiederholt<sup>42)</sup>.) Damals fielen seine diesbezüglichen Äußerungen allerdings der Zusammenfassung in der zentralen Presse zum Opfer<sup>43)</sup>. Sollte etwa nicht wieder einmal ein Vertreter des Sicherheitsapparates als besonders „liberal“ erscheinen? Inzwischen wurde seine Formulierung aber auch von der *Pravda* abgedruckt<sup>44)</sup>. Weder „der militärisch-industrielle Komplex des Westens“ — auf den die Gegner der Entspannung, besonders militärischerseits, und nicht zuletzt auch Brežnev, gern als Hauptgefahr verweisen — noch die Maoisten, so erklärte Andropov, bestimmten die heutige Weltpolitik, sondern die Kräfte des Friedens. Die Früchte der Entspannung zeigten sich in Indochina und im Nahen Osten (die Position der USA sei dort „klar“), wo nun Fragen gelöst würden, bei denen es vorher „praktisch keinen Fortschritt gab“<sup>45)</sup>.

Andropov ist sich natürlich auch der Risiken wachsender Westkontakte bewußt, scheint sie aber nicht zu dramatisieren, wie schon seine Rede vom Dezember 1967 anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Sicherheitsorgane andeutete. Größeres Gewicht scheint er wachsendem Wohlstand als Sicherheitsfaktor beizumessen, der, wie er damals erklärte, „anti-sowjetischen Handlungen“ den Boden nähme<sup>46)</sup>.

Andropov, Katuševs Vorgänger im Apparat des ZK, ist einer der besten Kenner der „Bruderparteien“ und Chinas, so daß dieser ehemalige Mitarbeiter Suslovs in seinen Ansichten freier von dem Provinzialismus sein dürfte, der die innenpolitischen Administratoren auszeichnet, und es verstehen müßte, die neue Außenpolitik nach globalen Maßstäben zu bewerten.

<sup>41)</sup> Sovetskaja Estonija, 28. Dezember 1973, S. 2, Sp. V.

<sup>42)</sup> Pravda, 6. Juni 1974, S. 2, Sp. III.

<sup>43)</sup> Pravda, 28. Dezember 1973, S. 2.

<sup>44)</sup> Pravda, 6. Juni 1973, S. 2, Sp. III.

<sup>45)</sup> Sovetskaja Estonija, 28. Dezember 1973, S. 3, Sp. VIII.

<sup>46)</sup> Pravda, 28. Dezember 1967, S. 3, Sp. VIII.

## 4. Die Gegner der Entspannung

### a) Die Militärs

Es sind in erster Linie militärische Kreise, besonders aus den Reihen der traditionalistisch eingestellten Landstreitkräfte und nicht zuletzt natürlich auch der Politischen Hauptverwaltung, die die Entspannungspolitik mit der größten Besorgnis sehen. Weniger dahingegen tun das wahrscheinlich die primär technokratisch orientierten Vertreter der modernen Waffengattungen, wie der strategischen Raketenstreitkräfte. Allgemein jedoch dürfte die Kontrolle durch die Partei sowie die „combined arms tradition“ die Rivalitäten zwischen den einzelnen Waffengattungen in der Sowjetunion auf einem niedrigeren Niveau halten als das anderswo der Fall ist<sup>47)</sup>. Traditionell dominieren die Landstreitkräfte, und der heutige Verteidigungsminister, seit dem April 1973 Vollmitglied des Politbüros, ist ein Sprecher für ihre Interessen.

Die Gegnerschaft gegen die Entspannung mag z. T. mit dem Umstand zu erklären sein, daß die oberste Militärführung immer noch entscheidend von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges geprägt ist, auf den man sich oft und gern beruft. Derartige Erwägungen mögen dahinter stehen, wenn Grečko die Ordensverleihung an die Tatarische ASSR benutzte, um Anfang 1974 in Kazan' vor „bewußter oder unbewußter“ Unterschätzung der vom Imperialismus ausgehenden Gefahr zu warnen<sup>48)</sup>. Obwohl seine allzu unumwundenen Warnungen vom Januar 1974 nicht von der zentralen Presse abgedruckt wurden, so konnte der Leiter der Politischen Hauptverwaltung, A. Epišev, kürzlich im *Kommunist* Grečkos obigen Ausspruch praktisch wörtlich wiederholen<sup>49)</sup>.

Epišev verwies dabei ausdrücklich auf die „geschichtliche Erfahrung“.

Doch der Zweite Weltkrieg liegt inzwischen drei Jahrzehnte zurück, und im nuklearen Zeitalter dürfte die echte Gefahr eines „imperialistischen“ Angriffes selbst aus sowjetli-

<sup>47)</sup> Raymond L. Carthoff, *Soviet Military Policy—A Historical Analysis*, New York 1966, S. 50. Matthew P. Gallagher, Karl F. Spielmann Jr., *Soviet Decision-Making for Defense, A Critique of U.S. Perspectives on the Arms Race*, New York, Washington, London 1972, S. 78.

<sup>48)</sup> Neue Zürcher Zeitung, 18. Januar 1974, S. 2.

<sup>49)</sup> A. Epišev, *Vospitanie na geroičeskich tradicijach sovetskogo naroda*, in: *Kommunist* No. 4, Mai 1974, S. 31.



cher Sicht wohl sehr reduziert erscheinen, einmal man nicht davon sprechen würde, wenn sie wirklich drohte<sup>50</sup>). Von viel unmittelbarer Realität sind die Gefahren, die sich aus der Entspannungspolitik für die Ressortinteressen der Militärs, und zwar in erster Linie der großen konventionellen Streitkräfte, ergeben müssen, wie die Erfahrungen unter Chruščev bewiesen haben. Epišev brachte ähnliche Ressortbefürchtungen aus seiner besonderen Warte klar zum Ausdruck, wenn er schrieb: „Man muß unbedingt in Erwägung ziehen, daß unter den Bedingungen der internationalen Entspannung sich dieser und jener Fragen mag: lohnt es sich, Fragen solche Aufmerksamkeit zuzuwenden, die mit der Vorbereitung der Bevölkerung auf die bewaffnete Verteidigung des Vaterlandes verknüpft sind?“<sup>51</sup>) Diese bloße Fragestellung wies Epišev natürlich sofort als „radikal falsch“ zurück.

Aus militärischer Sicht spricht gegen die Entspannung, daß sie sich negativ auf die Moral der Truppen auswirken könnte. Die Jugend — heute eine Jugend, die nicht nur aus ungebildeten, gehorsamen Jungen vom Lande besteht, sondern die Fragen stellt — ist nicht frei von pazifistischen Neigungen, so daß Epišev kürzlich wieder feststellen mußte, es gäbe immer noch „einzelne Werke“, in denen der Krieg, darunter der Große Vaterländische, „der Masseneroismus der sowjetischen Menschen, einseitig beleuchtet werde, ... wo zeitweilig pazifistische Töne angeschlagen werden“<sup>52</sup>).

Noch viel mehr aber geht es um das traditionelle Problem der Aufteilung der Ressourcen und, damit verknüpft, um eine mögliche Reduzierung der konventionellen Streitkräfte. Letzteres wird gelegentlich auch in der zivilen Presse angedeutet, so etwa anläßlich der MBFR-Verhandlungen<sup>53</sup>).

Wenn man gern auf die besondere Last der Rüstung für die kapitalistischen Länder verweist, so kann das auch eine „äsoopische“ Spitze gegen die Verhältnisse im eigenen Lande enthalten. Für die Offiziere ohne Ingenieurausbildung ist das eine ominöse Per-

spektive. Wie die Erfahrungen unter Chruščev gezeigt haben, bringt die Rückkehr ins zivile Leben oft erhebliche soziale Schwierigkeiten für sie mit sich, da sie nur selten gleichwertige Stellen finden. Bei einem Erfolg der Entspannungspolitik könnte letztlich die jetzige Position des Militärs, besonders der konventionellen Streitkräfte, auf dem Spiel stehen.

Da die sowjetischen Militärs nicht direkt erklären können, die ihnen zugeteilten Ressourcen seien nicht ausreichend, ist es ein bereits klassisches Argument geworden, unter diesen Umständen auf eine — zu dem jeweiligen Moment angeblich gerade wieder einmal wachsende — „Aggressivität des Imperialismus“ zu verweisen<sup>54</sup>). Man hat sogar etwa in der Mitte der laufenden Fünfjahrpläne eine Tendenz beobachtet, die dafür sprechen könnte, daß zu diesem Zeitpunkt — wenn die Ressourcen knapp zu werden beginnen und ein neuer Kampf um ihre Aufteilung einsetzt — militärischerseits bewußt das Gefühl einer Krise geschürt zu werden pflegt, zugunsten der eigenen Ressortinteressen<sup>55</sup>).

Auf jeden Fall taucht der Ruf nach mehr „Wachsamkeit“ und „Bereitschaft“ oft zu Zeitpunkten auf, die primär auf innenpolitische Motivationen verweisen. So erklärte Grečko 1967 (gerade als er die Dienstzeit verkürzen ließ, der Verteidigungsetat aber den bis dahin höchsten Stand in Friedenszeiten erreichte), die Gefahr eines neuen Weltkrieges sei besonders akut. Anläßlich der V. Allunionskonferenz der Parteisekretäre der Armee vom März 1973 warnte er wieder, die Imperialisten warteten nur auf eine Gelegenheit, ihre aggressiven Pläne wiederaufzunehmen. Bei der Ordensverleihung an die Tatarische ASSR im letzten Januar sprach er in demselben Geiste. Einen Monat später mußte er dann aber laut *Pravda* wenigstens konzedieren, daß es „reale Voraussetzungen“ gäbe, einen neuen Weltkrieg zu verhindern<sup>56</sup>), und in dem Dekret des Verteidigungsministers zum 9. Mai 1974 wird auch nicht von der „weiteren Steigerung“ der Verteidigungsmacht gesprochen, sondern nur davon, diese „auf dem nötigen Niveau“ zu halten<sup>57</sup>), was ein Rückzieher

<sup>50</sup>) Vgl. Herbert S. Dinerstein, *Der Krieg und die Sowjetunion. Die Atomwaffen und der Wandel im militärischen und politischen Denken der Sowjets*, Köln, Berlin 1960, S. 114.

<sup>51</sup>) Epišev, loc.cit., S. 38.

<sup>52</sup>) Ebenda, S. 40.

<sup>53</sup>) *Pravda*, 29. Oktober 1973.

<sup>54</sup>) Vgl. Dinerstein, op.cit., S. 54.

<sup>55</sup>) S. den interessanten Aufsatz von Raymond Hutchings, *Soviet Defence Spending and Soviet External Relations*, in: *International Affairs* (London), vol. 47, No. 1, Jan. 1971, S. 518—531.

<sup>56</sup>) *Pravda*, 23. Februar 1974, S. 2, Sp. II.

<sup>57</sup>) *Pravda*, 9. Mai 1974, S. 1, Sp. VI.

sein dürfte. Auf dem XXIV. Parteitag hatte Grečko die „weitere Stärkung“ des Verteidigungspotentials rundheraus als „objektive Notwendigkeit“ beim „Aufbau des Kommunismus“ hingestellt<sup>58)</sup>.

Da die auf dem April-Plenum 1973 noch einmal als offizielle Politik bestätigte „friedliche Koexistenz“ nicht mehr als solche in Frage gestellt werden kann — zumal es in der Sowjetunion im Bereiche der Außenpolitik noch weniger als in dem der Innenpolitik zulässig ist, verschiedene Ansichten zu äußern<sup>59)</sup> —, ist von militärischer Seite ein neues Argument hervorgebracht worden, das Grečko gern betont: die kapitalistischen Länder seien durch die militärische Macht der Sowjetunion an den Verhandlungstisch gezwungen worden<sup>60)</sup>. Dieses Thema wurde seit der V. Allunionskonferenz der Parteisekretäre der Armee zunehmend betont, bis es gegen Ende 1973 praktisch zur Standardformel wurde<sup>61)</sup>.

Daraus zogen gewisse Kreise, u. a. der Verteidigungsminister, einen Schritt weitergehend, folgenden Schluß: „Je höher die Kampfbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte, je mächtiger ihre Rüstung, je besser ihre Schulung, desto ruhiger (spokojnee) wird es auf der Welt sein“<sup>62)</sup>.

Das ist offenbar die Idee der pax sovietica. In der Tat scheint Grečko zu hegemonialen Vorstellungen zu neigen. Bereits im Mai 1963 erklärte er, damals noch Stellvertretender Verteidigungsminister: solange die Abrüstung nicht verwirklicht sei, müßten „die Streitkräfte der sozialistischen Gemeinschaft denen des Imperialismus immer überlegen sein“<sup>63)</sup>. (Gegen Ende des Jahres lenkte er damals allerdings ein, die Sowjetunion sei nicht an einem Rüstungswettlauf interessiert.) Anklänge derartiger Ideen finden sich auch bei Brežnev.

Doch hat diese Argumentation in der zivilen Presse ein verhältnismäßig geringes Echo gefunden, die zwar (schon seit langem) von einem Wandel im internationalen Gleichge-

wicht der Kräfte spricht, dabei aber auf politische, wirtschaftliche und ideologische Faktoren verweist<sup>64)</sup>. Denn die politischen und wirtschaftlichen Implikationen einer Politik in Hinblick auf die pax sovietica dürften schwerlich für alle Kreise annehmbar sein. Die Außenpolitiker wissen nur zu wohl, daß eine neue Runde im Wettrüsten schwerlich allein der Sowjetunion zugute kommen wird, die sich am Ende vielleicht nur in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage ohne zusätzliche „Sicherheit“ finden wird.

Ohnehin ist, wie das Beispiel der USA gezeigt hat, der politische Wert strategischer Überlegenheit in der Welt von heute zweifelhaft geworden. So ist es bezeichnend, wenn ein wichtiger Artikel in *Krasnaja zvezda*, dem Organ des Verteidigungsministeriums, am 19. Mai 1973 darauf verwies, die beste Sicherheit böte eine allseitig entwickelte Wirtschaft. Dagegen scheint der Ministerpräsident der RSFSR, Solomencev, der der Rüstungsindustrie nahesteht, umgekehrt zu finden, die „Erfolge bei der Stärkung der außenpolitischen Position der Sowjetunion“ seien auch die Voraussetzung für die innenpolitischen „Errungenschaften“ gewesen<sup>65)</sup>.

Diese Debatte über den politischen Wert militärischer Hegemonie mag Suslov veranlaßt haben, sich in seiner bemerkenswerten Rede in Vilna im letzten November diskret aber unmißverständlich von der militärischen Position, daß mehr Rüstung bessere Aussichten für den Frieden bedeute, zu distanzieren. Betont fand er den Grund für die angebliche Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte in der dank des Friedensprogramms erhöhten politischen Autorität der Sowjetunion<sup>66)</sup>. Suslov, der 1957 als Ankläger gegen Marschall Žukov auftrat, dürfte sich nur zu wohl des alten Dilemmas bewußt sein, das die Militärs für das Parteiregime darstellen<sup>67)</sup>, ein Problem, das die Logik der modernen Waffensysteme bereits verschärft hat. Eine zunehmende Militarisierung des Systems könnte letztlich sogar dem Parteiregime gefährlich werden. Nicht umsonst sprach Suslov 1957 davon, es handele sich im Falle Žukov nicht

<sup>58)</sup> Pravda, 3. April 1971, S. 5, Sp. V.

<sup>59)</sup> Alexander Dallin, Soviet Foreign Policy and Domestic Politics: A Framework for Analysis, in: Journal of International Affairs, vol. XXIII, No. 2, 1969, S. 254.

<sup>60)</sup> Vgl. Grečko in Kommunist, No. 15, 1972, S. 37.

<sup>61)</sup> John Reppert, Mutual Reductions of Armed Forces and Armaments in Central Europe, Radio Liberty, Research Bulletin, RL 102/74, 17. April 1974.

<sup>62)</sup> Pravda, 9. Januar 1974, S. 2, Sp. IV. Vgl. u. a. Krasnaja zvezda, 14. August 1973.

<sup>63)</sup> Izvestija, 9. Mai 1963.

<sup>64)</sup> Reppert, loc.cit., S. 7. Vgl. Suslov in Pravda, 9. September 1973, Sovetskaja Litva, 29. November 1974, S. 2, Sp. III, VI.

<sup>65)</sup> Pravda, 1. August 1973, S. 2, Sp. VII.

<sup>66)</sup> Sovetskaja Litva, 29. November 1974, S. 2, Sp. VI.

<sup>67)</sup> S. hierzu Roman Kolkowicz, op.cit. (siehe Anmerkung 18).



etwa nur um „isolierte Fehler“, sondern „um ein System von Fehlern“<sup>68)</sup>.

Seit Grečko Verteidigungsminister geworden ist und seine Reformen und das Rüstungsprogramm durchgeführt hat, hat das Gewicht der Militärs in der sowjetischen Gesellschaft deutlich zugenommen<sup>69)</sup>. Es dürfte heute auch einen größeren Einfluß bei der Festlegung der Politik in ihrer Vorbereitungsphase haben<sup>70)</sup> und vielleicht auch darüber hinaus, da infolge der Natur der modernen Waffen die politische Führung zunehmend auf technischen Sachverstand angewiesen ist. Aber es ist schwer, diesen Einfluß genau abzuschätzen<sup>71)</sup>. Das sowjetische Militär ist nicht der zivilen Kontrolle unterworfen wie in westlichen Ländern, sondern in den politischen und administrativen Apparat integriert und hat seine reguläre Vertretung in den nominell zivilen Organen von Partei und Staat<sup>72)</sup>.

Die Ernennung Grečkos statt des vielleicht in Erwägung gezogenen Zivilisten und Rüstungsexperten Ustinov zum Verteidigungsminister 1967 — nach einem Treffen der Spitzenführer von Partei und Militär<sup>73)</sup> — und gar seine Beförderung direkt zum Vollmitglied des Politbüros im April 1973 zeigen, daß die Partei nicht nur bemüht ist, die Militärs nicht zu brüskieren, sondern ihrer Stimme großes Gewicht beimißt. Chruščevs Erinnerungen illustrieren das lebhaft: „Jede Führung, die eine Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung durchführt, muß mutig und weise sein. Die Mitglieder dieser Führung müssen fähig sein, ihrem eigenen unabhängi-

gen Urteil zu folgen und sich nicht von anderen einschüchtern lassen. Wer sind in unserem Lande die ‚anderen‘, die die Führung einschüchtern können? Es sind die Militärs“<sup>74)</sup>.

Einstweilen gibt es zwar keinerlei Anzeichen, daß die Militärs der Partei die Führung streitig machen wollen<sup>75)</sup>, was ohnehin der sowjetischen, ja der russischen militärischen Tradition widersprechen würde. Doch die Militärs sind eine gewichtige Interessengruppe, die es verstehen dürfte, eventuell auch politische Unterstützung für ihre besonderen Interessen zu finden, besonders bei Richtungskämpfen in der Führung. Angesichts der Entspannungspolitik ist das Militär bemüht, als Wahrer der sozialistischen „Errungenschaften“ aufzutreten, dessen Stärke gar die Voraussetzung für die neue Politik ist, was insoweit richtig ist, als die Anerkennung der strategischen Parität ihre Voraussetzung gewesen ist<sup>76)</sup>. Die Militärs betonen gern „Wachsamkeit“, sie dürften ihren Einfluß geltend machen zugunsten einer konservativ-patriotischen starken Führung mit Sinn für ihre „Mission“<sup>77)</sup>. Die MBFR-Verhandlungen zeigen, daß die politische Führung keine Entscheidung trifft, die gegen die unmittelbaren militärischen Interessen verstößt — und eine Analyse der Militärpresse macht deutlich, daß die militärischen Kreise offenbar diesen Verhandlungen von vornherein negativ gegenüberstanden<sup>78)</sup>; im Gegensatz zur zivilen Presse brachte die militärische bezeichnenderweise keinerlei Analyse dieser Problematik.

Es ist denkbar, daß die Militärs auch in Zukunft noch an politischem Gewicht gewinnen in einem System, das seine Weltmachtrolle so betont auf den militärischen Faktor gründet.

### b) Der Parteiapparat

Der Parteiapparat, die Klammer, die das System in seiner bisherigen Form zusammenhält, ist eine weitere Hochburg der Kräfte der Beharrung, so sehr die Partei — und in erster Linie ihre Führung — in ihrer Rolle als

<sup>68)</sup> Golikov auf dem XXII. Parteitag. XXII s'ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza, Stenografičeskij očet. Bd. 3, Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, Bd. 3, 1962, S. 67.

<sup>69)</sup> Vgl. Boris Meissner, in: Osteuropa, Heft 10/11, 1968, S. 70; ders. in: Osteuropa, Heft 6, 1971, S. 372; Le Monde, 28. November 1972, S. 3, Sp. V—VI.

<sup>70)</sup> Borys Lewytskij, Die Marschälle und die Politik. Eine Untersuchung über den Stellenwert des Militärs innerhalb des sowjetischen Systems seit dem Sturz Chruschtschows, Köln 1971, S. 162.

<sup>71)</sup> Vgl. die sonst äußerst kontroverse Studie der HSKF-Gruppe „Sozialistische Länder“, Probleme der Analyse der sowjetischen Sicherheitspolitik, Frankfurt a. M., Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Forschungsbericht 6/1973, S. 102.

<sup>72)</sup> Vernon V. Aspaturian, Internal Politics and Foreign Policy in the Soviet System, in: Approaches to Comparative International Politics, Evanston, Northwestern University, 1966, S. 287.

<sup>73)</sup> Gallagher und Spielmann, op.cit., S. 42.

<sup>74)</sup> Times, 11. Mai 1974, S. 5, Sp. VII.

<sup>75)</sup> Malcolm Mackintosh, in: Problems of Communism, September/Oktober 1973, S. 10, Sp. 1.

<sup>76)</sup> Vgl. Boris Meissner, in: Osteuropa, Heft 6, 1971, S. 361. William R. Kintner, in: Orbis, fall 1973, S. 718.

<sup>77)</sup> Mackintosh, loc.cit., S. 12, Sp. II.

<sup>78)</sup> S. die Analyse von Reppert, loc.cit.

allgemeiner Vermittler und Ausgleicher<sup>79)</sup> die Sonderinteressen der verschiedenen Machtapparate mit den Anforderungen des ganzen Systems ausgleichen muß. Faktisch aber ist seit langem die Parteierrschaft weitgehend zur Herrschaft des „Apparats“ geworden<sup>80)</sup>, und das Weltbild, die Ideologie, der Provinzialismus und nicht zuletzt das Alter der höheren Parteiführung (das auch im ZK heute bei ca. 59 Jahren liegt) dürften den systembedingten Konservatismus des Apparats nur noch weiter verstärken.

Die Partei, so hat Suslov ausdrücklich erklärt, „will sich nicht ändern“<sup>81)</sup>. Damit wollte der Chefideologe wohl Gedanken an Pläne à la Chrusčev — die von einer zusätzlichen Legitimierung für die Partei durch die Übernahme neuer, wirtschaftlicher Aufgaben bis vielleicht sogar zu Zweifeln an der Eignung des Apparates<sup>82)</sup> für die zu bewältigenden Aufgaben reichten — von vornherein ausschalten. Das Ergebnis aber ist, daß sich die Partei offenbar doch in einer Legitimierungskrise befindet, so daß derselbe Suslov auch erklärte, die Frage nach ihrer Rolle und Stellung sei heute zur „akutesten“ geworden<sup>83)</sup>. Größere Kontakte mit westlichen Ideen und Realitäten dürften die Lage der Partei nicht erleichtern. Sie hat zwar im Sowjetpatriotismus eine zusätzliche Legitimierung gesucht, und dieser kann gegen Forderungen nach Liberalisierung ins Feld geführt werden, rechtfertigt aber nicht den Anspruch ausgerechnet des Parteiapparates auf Alleinherrschaft<sup>84)</sup>.

Bei der Konzentration auf die interne wirtschaftliche Entwicklung — ein Hauptmotiv der Entspannungspolitik — würde die Partei wahrscheinlich an Boden verlieren zugunsten des Staatsapparates. Brežnev hatte also allen Grund, auf dem Dezember-Plenum 1973 bei

seiner Forderung nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Leitung von vornherein doch eine „eng wirtschaftliche und noch mehr eine technokratische“ Orientierung abzulehnen und „Parteistil“ zu fordern<sup>85)</sup>. Es scheint allerdings zweifelhaft, ob Brežnevs stalinistisch anmutendes Rezept — mehr „Organisation“ und Parteileitung — die gewünschten Erfolge erzielen wird.

Außenpolitisch hat die Partei, bei aller Entwicklung zur pragmatischen Realpolitik, sich immer noch nicht mit letzter Konsequenz von ihrer Rolle als Zentrum der Weltrevolution zu trennen vermocht, zumal es die Führung im „antiimperialistischen“ Kampf ist, die auch die Führungsrolle der Sowjetunion im sozialistischen Lager legitimiert. Will sie aber ihre Diplomatie maximal effizient gestalten und der Entspannung echte und dauerhafte Grundlagen verleihen, müßte die Sowjetunion auch den letzten Schritt auf dem Wege von der Revolution zum Mitglied des internationalen Staatensystems<sup>86)</sup> tun. Die Ansätze dazu sind da, so wenn Brežnev in Kuba erklärte, man sei gegen den „Export der Revolution“<sup>87)</sup>. Doch die tatsächliche Absage an die Weltrevolution mit letzter Konsequenz dürfte das Legitimierungsproblem der Partei nur noch verstärken. Hinzu kommt, daß sich die Überreste der revolutionären Ideologie in Form von Unterstützung „nationaler Befreiungsbewegungen“ oft günstig für die eigenen „traditionellen“ Großmachtziele einsetzen lassen.

Aus all diesen innen- und außenpolitischen Erwägungen ist es verständlich, wenn der Parteiapparat neben den militärischen Kreisen die Entspannung mit dem größten Mißtrauen sieht. So war es die Leningrader Parteiorganisation unter Tolstikov (im September 1970 zum Botschafter in Peking degradiert), die gegen die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik am meisten opponierte<sup>87a)</sup>. Die Moskauer Organisation unter Grišin — kein Gefolgsmann Brežnevs — dürfte dem Generalsekretär bei seiner Westpolitik ebenfalls Sorgen machen. Der Sekretär des

<sup>79)</sup> Vgl. Brežnevs interessante Äußerung in: Ob aktual'nych problemach partijnogo stroitel'stva. Moskva: Izd. političeskoj literatury, 1973, S. 166: „Außer der kommunistischen Partei gibt es bei uns keine andere politische Organisation — und kann es sie auch nicht geben — die die Interessen und Besonderheiten der bei uns bestehenden Klassen und sozialen Gruppen aller Nationalitäten und Völkerschaften, aller Generationen in Erwägung zieht und die diese Interessen in ihrer Politik verknüpft.“

<sup>80)</sup> Conquest, *Russia After Khrushchev*, S. 74.

<sup>81)</sup> Pravda, 14. Juli 1973, S. 3, Sp. V.

<sup>82)</sup> Conquest, *Russia After Khrushchev*, S. 121—122.

<sup>83)</sup> Pravda, 14. Juli 1973, S. 2, Sp. V.

<sup>84)</sup> Richard Löwenthal, *Changing Soviet Policies and Interests*, in: *Adelphi Papers*, No. 66, March 1970, S. 12, Sp. II.

<sup>85)</sup> *Kommunist* No. 4, 1974, S. 7.

<sup>86)</sup> S. dazu Vernon V. Aspaturian, *Foreign Policy Perspectives in the Sixties*, in: *Soviet Politics Since Khrushchev*. Edited by Alexander Dallin and Thomas B. Larson, Englewood Cliffs, New Jersey 1968, S. 129—162.

<sup>87)</sup> Pravda, 31. Januar 1974, S. 2, Sp. IV.

<sup>87a)</sup> Boris Meissner, in: *Osteuropa*, Heft 8/9, 1971, S. 592.



Moskauer Stadtkomitees, seit dem 24. Parteitag (1971) Vollmitglied des Politbüros, sieht die Entspannung offenbar mit den größten Vorbehalten. Wie er aus Anlaß von Lenins 88. Geburtstag im April 1968 erklärte: der Westen plane mit seiner „Politik des Brückenschlages“ „ideologische Diversionen“ und setzte dabei auf „revisionistische, nationalistische und politisch unreife Elemente“ im sozialistischen Lager und ziele letztlich auf die „Erosion“ des Sozialismus ab<sup>88)</sup>.

Es dürfte symptomatisch sein, wenn beispielsweise im letzten Sommer ein Dozent an der Moskauer Universität die Verträge mit den USA als „bloßes Papier“ abtun konnte — nachdem sie Brežnev wiederholt als den Anfang einer „neuen historischen Epoche“ gedeutet hatte. Hinter den Zwischenfällen auf der Moskauer Universiade und der überraschend kurzfristig einsetzenden, praktisch aber wenig effizienten Kampagne gegen Solženicyn und Sacharov — die dem neuen internationalen Image der Sowjetunion nicht gerade dienlich sein konnten — vermutet man ebenfalls das Moskauer Stadtkomitee. Der ideologische Sekretär der Organisation, der noch junge Jagodkin, zitierte in einem Seminar des Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften eben vor Brežnevs Besuch in den USA ohne nähere Quellenangabe aus einem Brief von Marx den bezeichnenden Satz, „daß du in der Politik einen Pakt mit dem Teufel selber abschließen kannst, wenn du sicher bist, den Teufel hereinlegen zu können“<sup>89)</sup>.

Wenn Jagodkin besonders vor „opportunistischen Illusionen“ als der „gefährlicheren“ Tendenz gewarnt hat, so distanzierte er sich zunächst wenigstens scheinbar auch von „dogmatischem Negativismus“<sup>91)</sup>. Inzwischen soll aber ein Heft des *Kommunist* seitenswegen zurückgezogen worden sein (das tatsächlich herausgegebene Heft enthielt nicht seinen in der *Pravda* vom 24. Februar 1974 vorangekündigten Artikel in der zunächst angegebenen Form) und zwar, wie sich

aus einem Leitartikel der *Pravda* schließen läßt, der „jüngere Kader“ kritisierte die, die von der Parteilichkeit abwichen — eben wegen „Dogmatismus“<sup>92)</sup>.

Brežnev hatte also allen Grund, wiederholt zu betonen, der Schritt zur Entspannung sei kein leichter gewesen, er erfordere Mut und politische Weitsicht<sup>93)</sup>. Dieser Mut ist nicht zuletzt nötig angesichts der innenpolitischen Opposition. Gromyko sprach auf dem 24. Parteitag bezeichnend von geradezu „provokatorischen“ Fragestellungen an die neue Außenpolitik, da „gewisse“ Kreise jegliches Abkommen mit den kapitalistischen Ländern bereits „als fast ein Komplott“ mit ihnen ansähen<sup>94)</sup>.

Im letzten August mußte sich Brežnev gegenüber eben diesen internen Opponenten verteidigen, als er darauf verwies, das Prinzip „alles oder nichts“ taue in der internationalen Politik nicht. Auf diese Weise könnte man nicht einmal die erreichbaren Fortschritte ausnützen. „Soll man auf himmlisches Manna warten?“<sup>95)</sup>

## 5. Die Brežnevsche „Synthese“

Brežnev ist keineswegs der Friedensapostel, der seine Laufbahn auf Gedeih und Verderb mit einem pazifistischen Programm verknüpfen wollte. Ein Produkt der Stalinschen Schule, neigt er dazu, mehr in den „Monopolen“ und im „militärisch-industriellen Komplex“ des Westens seine Hauptgegner zu sehen als in China<sup>96)</sup>. Aus innenpolitischer Warte dürfte hinter dieser Einschätzung eine richtige Intuition stehen: bei einem Konflikt mit China würde das Volk wohl hinter der Führung stehen, was angesichts der Verlockungen des Westens im Frieden kaum der Fall sein dürfte.

Doch die Versuche, die Beziehungen zu China zu normalisieren, haben „keine besonderen Fortschritte“ gemacht, wie er in Alma Ata im letzten August erklären mußte<sup>97)</sup>. Die Lage in Asien, so fand er im folgenden Monat, bessere sich nur allmählich — „ich würde sogar sagen, ziemlich langsam“. (Dieser Passus wurde

<sup>88)</sup> *Pravda*, 23. April 1968, S. 2, Sp. II.

<sup>89)</sup> Robert Kaiser, *Soviet Foes of Détente*, in: *International Herald Tribune*, 14. September 1973.

<sup>90)</sup> *Neue Zürcher Zeitung*, 19. September 1973, S. 3. S. auch Christian Duevel, *A High-Ranking CPSU Official Corroborates Sacharov's Warning on Détente*, *Radio Liberty, Research Bulletin*, RL 247/73, 1. September 1973.

<sup>91)</sup> S. Boris Meissner, in: *Europa-Archiv*, Heft 8, 1974, S. 254—255.

<sup>92)</sup> Christian Duevel, in: *Radio Liberty, Research Bulletin*, RL 134/74, 10. Mai 1974.

<sup>93)</sup> *Pravda*, 25. Juni 1973, S. 1, Sp. I—II.

<sup>94)</sup> *Pravda*, 4. April 1971, S. 8, Sp. VIII.

<sup>95)</sup> *Pravda*, 16. August 1973, S. 2, Sp. V.

<sup>96)</sup> *Pravda*, 27. Oktober 1973, S. 2, Sp. VII.

<sup>97)</sup> *Pravda*, 16. August 1973, S. 2, Sp. VII.

von der zentralen Presse ausgelassen.)<sup>98)</sup> Schon dieses Problem dürfte eine Normalisierung der politischen Beziehungen zum Westen nahegelegt haben. Hinzu kommt das Problem der Weiterentwicklung der eigenen Wirtschaft. Die begrenzte Öffnung nach Westen statt grundlegender interner Reformen entspricht ganz dem Stil Brežnevs: die Option für das Hinhalten, das Provisorische, um zu vermeiden, sich allzu frühzeitig grundlegend festlegen zu müssen.

Denn Brežnevs außenpolitische Konzeption ist von geradezu gezielter Vieldeutigkeit und scheint allen alles zu versprechen: Détente mit den USA und technische Kooperation mit den „kapitalistischen“ Ländern, aber Förderung der revolutionären Prozesse in der Welt und „ideologischer Krieg“; Konzentration auf den inneren Aufbau und Anerkennung und Wahrung des Status quo im sowjetischen Herrschaftsbereich, aber freie Hand für die Sowjetunion, ihre Einflusssphären (im Mittelmeerraum und Indischen Ozean) auszudehnen und sich offenkundig hegemonialen Bestrebungen hinzugeben; gegenseitiger Respekt für die „Souveränität, Gesetze und Traditionen“<sup>99)</sup>, der aber in der Praxis darauf abzielt, der Sowjetunion in den rechtsstaatlichen Demokratien der westlichen Gesellschaft einseitig große Einflußmöglichkeiten zu eröffnen<sup>100)</sup>.

Die sowjetische Außenpolitik unter Brežnev kann natürlich nicht die Interessen der Hauptmachtapparate im eigenen Lande ignorieren, jedenfalls nicht allzu viele gleichzeitig verletzen, wie das Chruščev nach dem kubanischen Raketenfiasko und der anschließenden Wendung in seiner Politik tat. Brežnev, ein offenbar brillanter Machtpolitiker, dürfte das besser als jeder andere wissen. „Seine“ Außenpolitik spiegelt die immer noch nicht überwundene Realität der „kollektiven Führung“ wider mit den sie stützenden „Interessengruppen“. Hinzu kommt, daß sich diese Spitzenführer selber in ihrer Mehrheit aus innenpolitischen Administratoren rekrutieren,

was nicht die beste Vorbereitung für staatsmännischen Weitblick in Fragen der Außenpolitik ist. In der Tat dürfte das Führungskollektiv um so mißtrauischer sein, als der Generalsekretär in der Außenpolitik ganz offenkundig den Bereich gefunden hat, mittels dessen er am ehesten aus den Beschränkungen durch dieses „Kollektiv“ ausbrechen kann.

Im letzten Frühjahr versetzte die Nachricht das Pentagon in Unruhe, Brežnev habe vor Führern des Warschauer Paktes die Entspannung als eine Taktik gedeutet, um in ca. einem Dutzend Jahren die militärische Hegemonie zu erlangen<sup>101)</sup>. Wenn solche Zielvorstellungen Brežnev, wie auch andere Äußerungen zeigen, nicht ganz fremd sein dürften, so wird es sich hierbei doch wohl nicht zuletzt um eine Taktik gehandelt haben, die neue Außenpolitik an zögernde osteuropäische Parteiführer zu „verkaufen“. Zu Sadat soll der Generalsekretär gesagt haben, die neue Politik sei auf zwei bis drei Jahrzehnte berechnet<sup>102)</sup>, und man kann bei einer so langen Zeitspanne schwerlich nur noch von einer „Taktik“ sprechen.

Die innenpolitische Logik brachte Brežnev wieder einmal mit aller Klarheit beim Besuche des japanischen Regierungschefs Tanaka im letzten Oktober zum Ausdruck, als er darauf verwies, welche „enormen Aufgaben“ sich die Sowjetunion für die nächsten Jahre gestellt habe, um den Lebensstandard und die Kultur ihres Volkes zu heben: „Das ist eine weitere Bestätigung, daß unsere Außenpolitik den Frieden nur begünstigen kann“<sup>103)</sup>.

In der Tat scheint die Außenpolitik Brežnevs im letzten Jahr so etwas wie eine Eigendynamik entwickelt zu haben, die den Parteiführer gezwungen hat, klarer Stellung zu beziehen. So war es Brežnev, der Antipazifist, der in den USA zu Geduld aufrief, um die Besonderheiten der Gegenseite zu verstehen<sup>104)</sup>, der sogar forderte, man müsse es lernen, sich gegenseitig zu trauen<sup>105)</sup>. Angesichts der Krise im Nahen Osten erklärte er, man müsse „lernen zu kooperieren“<sup>106)</sup>. Bereits an Worte des großen Dissidenten Sacharow anklin-

<sup>98)</sup> Christian Duevel, Some Cryptic Remarks by Brezhnev in Tashkent, Radio Liberty, Research Bulletin, RL 309/73, 28. September 1973, S. 5.

<sup>99)</sup> L. I. Brežnev, O pjatidesjatileti Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, in: Kommunist No. 18, Dezember 1972, S. 27.

<sup>100)</sup> S. hierzu Gerhard Wettig, Das sowjetische Koexistenzkonzept — Grundlage eines friedlichen Verhältnisses zwischen Ost und West? in: Osteuropa, März 1974, Nr. 3, S. 185, 187.

<sup>101)</sup> International Herald Tribune, 18. September 1973.

<sup>102)</sup> New York Times, 17. Juli 1973, S. 2.

<sup>103)</sup> Le Monde, 10. Oktober 1973, S. 6, Sp. II.

<sup>104)</sup> Pravda, 25. Juni 1973, S. 1, Sp. V.

<sup>105)</sup> Loc.cit., Sp. III.

<sup>106)</sup> Pravda, 27. Oktober 1973, S. 3, Sp. V.



gend<sup>107</sup>), erklärte er im letzten September, die heutige Weltpolitik fordere neue Methoden, ja eine neue Psychologie. Dabei verwies er vielsagend auf die Rolle der politischen Führer beim Abbau überkommener Vorstellungen<sup>108</sup>). Trotz aller Symptome von Schwierigkeiten wiederholte er kürzlich auf dem XVII. Komsomolkongreß: man gehe schrittweise vorwärts „auf dem schweren Weg der Entspannung“<sup>109</sup>). Gleich seinen Vorgängern Chruščev und Malenkov ist es nun auch Brežnev, der sich genötigt sieht, sich auf den „Realismus“ und den Weitblick der Staatsmänner der kapitalistischen Welt zu berufen<sup>110</sup>). Ihm dürfte dabei der Umstand helfen, daß heute selbst die Militärs wissen: noch vor dem politischen und ideologischen Faktor kommt dem wirtschaftlichen entscheidende Bedeutung zu<sup>111</sup>).

## 6. Schlußbetrachtung

Die Debatte über die „Entspannung“ zeigt, daß die Einteilung der Führung in gewissermaßen institutionell bedingte „Tauben“ und „Falken“ noch problematischer geworden ist. Auf den Gipfel der Macht führen Sachfragen, Machterwägungen und persönliche Bindungen und Motivationen zu einer betonten Vielschichtigkeit der Urteilsbezüge. Rein „institutionelle“ Interessen findet man eher auf der nächst tieferen Stufe der Macht, bei den Marschällen usw.

Dieser Umstand erklärt einige prima facie vielleicht überraschende Stellungnahmen: in Hinblick auf chinesische „Großmachtbestrebungen“<sup>112</sup>) distanziert sich der Chefideologe Suslov von der militärischen Position und bekennt sich zur neuen Außenpolitik, wobei er sich gar auf den „Realismus führender Politiker der imperialistischen Mächte“ beruft<sup>113</sup>). Angesichts der nationalen und ideologischen Problematik der Entspannung äußert der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mazurov seine Bedenken, so sehr er die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenar-

beit auch betont. Andropovs Erfahrungen in der internationalen Politik und nicht zuletzt auch seine besonderen Ansichten über die nationale Sicherheit lassen den KGB-Chef, mehr noch als seinen ehemaligen Vorgesetzten Suslov, die neue Außenpolitik betont positiv bewerten.

Kirilenko, Brežnevs bedeutendster Gefolgsmann, bekannte sich in seiner Festrede zur Oktoberrevolution in modifizierter Form zur Position des Militärs, als er erklärte, je größer die wirtschaftliche und militärische Macht der Sowjetunion, desto größer sei auch ihr Einfluß auf die Weltentwicklung<sup>114</sup>). Dabei hat dieser ehemalige Gefolgsmann Chruščevs 1965 wie Podgornyj und Poljanskij dem inneren Aufbau der Sowjetunion den Vorzug gegeben<sup>115</sup>). Šelepín, Brežnevs ehemaliger Haupttrivale und -kritiker, wird durch seine unsichere Position im Politbüro gezwungen, sich scheinbar ganz mit den außenpolitischen Ansichten des Parteichefs zu solidarisieren<sup>116</sup>). Poljanskij dahingegen wagte es, trotz seiner schweren politischen Rückschläge im Regierungsapparat, in seiner Rede in Tadschikistan, die überhaupt durch ihren relativ persönlichen Stil auffällt, ein politisch im sowjetischen System kaum ganz denkbare Bekenntnis zur Entspannung abzulegen als Voraussetzung für die innere Entwicklung, und insbesondere die der Landwirtschaft. Brežnev, für den die Entspannung zweifellos zunächst eine Taktik war zur Umgehung anderer, grundlegender Reformen, sieht sich, trotz interner Widerstände gegen seine Außenpolitik, offenbar doch tiefer in ihre Logik verstrickt, als er das selbst einmal beabsichtigt haben mag.

Es sind interne Sachzwänge, die viele der grundlegenden Motivationen hinter der Entspannungspolitik bestimmen und nicht zuletzt den bewußt vieldeutigen Gehalt dieses Begriffes „Entspannung“ selbst. Obwohl es natürlich nicht allein die sowjetische Innenpolitik ist, die über die Gesicke dieser „neuen“ Außenpolitik entscheiden wird, so ist es doch die Innenpolitik, die jene Grenzen festlegt, über die ein sowjetischer Führer nicht hin-

<sup>107</sup>) A. D. Sacharov, Razmyšlenija o progresse, mirnom sosušestvovanii i intellektual'noj svobode, Frankfurt/M., Possev-Verlag 1968, S. 9.

<sup>108</sup>) Pravda, 25. Juni 1973, S. 1, Sp. IV.

<sup>109</sup>) Pravda, 30. April 1974, S. 4, Sp. VIII.

<sup>110</sup>) Pravda, 16. August 1973, S. 2, Sp. V.

<sup>111</sup>) Vgl. V. Kulikov, Sovetskie vooružennye sily i voennaja nauka, in: Kommunist No. 3, 1973, S. 77, 80, 81.

<sup>112</sup>) Sovetskaja Litva, 29. November 1973, S. 2, Sp. VIII.

<sup>113</sup>) Loc.cit., S. 2, Sp. VI.

<sup>114</sup>) Pravda, 7. November 1973, S. 1, Sp. V.

<sup>115</sup>) Roman Kolkowicz, Die Position der Sowjetarmee vor und nach dem Sturz Chruschtschows, in: Osteuropa, Heft 10, 1966, S. 680. Thomas Wolte, Soviet Military Policy After Khrushchev, in: Dallin und Larson, Hrsg., Soviet Politics Since Khrushchev, S. 113, Anmerkung 3.

<sup>116</sup>) Turkmenskaja Iskra, 26. Dezember 1973, S. 2, Sp. VIII.

ausgehen kann: das Schicksal von Chruščev und Malenkov bleibt eine Warnung an alle Führer, die das Steuer dieses großen Staatsschiffes mit all der ihm innewohnenden Trägheit allzu schnell herumwerfen wollen.

Was Brežnev versucht hat, ist eine eigenartige „policy mix“ von einer Außenpolitik der Neuerung und einer Innenpolitik der Beharrung, um das hergebrachte System durch An-

passung zu bewahren — wenn man will, eine echt konservative Lösung. Die Frage bleibt, wie lange diese heterogenen Elemente der Brežnevschen politischen „Synthese“ eine Einheit bilden können, bis ein grundlegender Neuanfang nötig wird. Es könnte sein, daß letztlich die Sowjetunion heute vor fundamentalen Entscheidungen steht, die in ihrer Tragweite denen der zwanziger Jahre nicht nachstehen dürften.



## Zur Opposition von Intellektuellen in der Sowjetunion

## I.

Das erste Kapitel in der Geschichte des offenen politischen Dissenses im nach-chruschtschowschen (oder überhaupt nach-stalinschen) Rußland hat im Oktober 1967 begonnen. Damals warf der junge Physiker Pawel Litwinow (jetzt in den USA) — ein Enkel des ehemaligen sowjetischen Außenministers — den sowjetischen Behörden den Fehdehandschuh hin, indem er offen das Schlußwort verbreitete, das Wladimir Bukowskij in seinem Prozeß hinter verschlossenen Türen drei Monate zuvor abgegeben hatte — ein junger Dissident, der verhaftet und zu drei Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt worden war.

Bukowskij hatte im Januar des gleichen Jahres eine Demonstration gegen die Verhaftung einer Reihe von Dissidenten organisiert, die einem weiteren jungen Dissidenten, Alexander Ginsburg, geholfen hatten, ein Weißbuch über den Prozeß gegen die Schriftsteller Andrej Sinjawschij und Jurij Daniel im Februar 1966 zusammenzustellen. Sinjawschij und Daniel waren zu sieben bzw. fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil sie ihre Werke im Ausland hatten erscheinen lassen. Der unentrinnbare Ablauf von Verhaftung — Protest — Verhaftung war demnach schon zwei Jahre zuvor entstanden. Was Litwinows Aktion von den anderen unterschied, war, daß sein Protest zu Papier gebracht, unterzeichnet und an sowjetische ebenso wie an ausländische Journalisten verteilt wurde. Vielleicht kann Litwinow demnach auch als der Begründer einer neuen Art von *Samisdat* gelten, da alle früheren derartigen „Selbst-Publikationen“ nur unter der Hand zirkulierten.

Im Januar 1968 wurden Alexander Ginsburg (der selbst im Februar 1967 verhaftet worden war) und drei seiner Genossen nach einem viertägigen Pseudoprozeß mit vielen Pseudobeweisen und falschen Zeugen, darunter zwei eindeutigen *agents provocateurs*, zu langen Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt. Die öffentliche Reaktion setzte sofort ein und war außergewöhnlich. Vielleicht durch das Beispiel Litwinows und Pjotr Grigorenkos (eines sowjetischen Generalmajors mit einem langen Vorleben bürgerlichen Ungehorsams) wie auch durch die sowjetische Propaganda ermutigt, die die Vorzüge der „sozialistischen Gesetzgebung“ lobpreist, strömten hunderte von Sowjetbürgern in die Redaktionen sowjetischer Zeitungen und in die Büros ausländischer Pressedienste oder wandten sich an die Vertretungen verschiedener ausländischer kommunistischer Parteien; andere protestierten in Briefen gegen die jüngste Perversion der Justiz in ihrem Land und erhoben warnend ihre Stimme gegen das Gespenst des Stalinschen — oder Quasi-Stalinschen — Terrors.

Im folgenden Jahr waren offene Proteste gegen mißbräuchliche Praktiken der Justiz in Form von Briefen, Petitionen und Erklärungen das Hauptinstrument der russischen „Demokratischen Bewegung“, wie man den losen Zusammenschluß von vielleicht etwa 2000 Kritikern des Regimes allgemein nennt; die meisten sind der Intelligenz zuzuzählen und leben überwiegend in Moskau und Leningrad. Es war eine ungestüme Zeit. Einer der aktivsten Teilnehmer der Bewegung — jetzt in den USA — erinnert sich: „Der reine Idealismus, die vollkommen selbstlosen Einstellungen und Hoffnungen, die vorher nicht dagewesenen Hoffnungen ... es war die Zeit des Prager Frühlings, die besten Tage unseres Lebens.“ Es war die Zeit, die die Geburt der alle zwei Monate erscheinenden „*Chronik der laufenden Ereignisse*“ erlebte, eines aponym her-

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber dem Juli-Heft 1974 der Vierteljahrszeitschrift „Foreign-Affairs“, New York, entnommen. (Copyright: United Press International, Bonn). Übersetzung: Dr. Peter Hübner, Köln.

ausgegebenen Nachrichtenblattes, das genaue Informationen über den beginnenden Kampf für die Menschenrechte in der UdSSR wie auch über die Bemühungen der Behörden enthielt, diesen zu unterdrücken. Andere typische Ereignisse dieser Periode sind der wütende Kampf, den Alexander Solshenizyn mit der Unterstützung einiger Schriftstellerkollegen gegen die Unterdrückung seines Werkes und die Zensur überhaupt führte; die Bildung der sogenannten „Initiativgruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“, die aus etwa 15 Mitgliedern und 60 aktiven Sympathisanten bestand; das plötzliche Auftauchen verschiedener Formen des nationalen und religiösen Dissenses, die der „Demokratischen Bewegung“ zumindest eine potentielle Basis für eine Unterstützung durch die Massen verschafften; schließlich das erstaunliche Anwachsen und die Weiterentwicklung des *Samisdat* aus gelegentlichen Texten unorthodoxer Prosa und Lyrik zu etwas, das einer oppositionellen Presse ähnelte.

Diese erste Periode des politisch-publizistischen Dissenses endete Mitte 1969 ziemlich abrupt — ebenso zu einem gewissen Grad der frühere Eifer und Enthusiasmus. Die Regierung ergriff, obwohl sie die Aktivitäten der Dissidenten offensichtlich nicht als eine ernste Gefahr betrachtete, dennoch harte Maßnahmen, um sie zu unterdrücken: Verhaftun-

gen, Prozesse (die formal zwar „öffentlich“, tatsächlich aber hinter verschlossenen Türen, ohne jegliche Publizität stattfanden), Hausdurchsuchungen, Verhöre, Entlassungen, Ausschlüsse aus der Partei und schließlich die abscheulichste Form der politischen Verfolgung: die Einsperrung in Nervenheilanstalten<sup>1)</sup>. Doch der Enthusiasmus wich nicht, wie man eigentlich erwarten mußte, der Verzweiflung: Viele Dissidenten forderten die Verhaftung trotzig in der Hoffnung heraus, daß ihr Opfer anderen ein Beispiel sein möge und zugleich eine Herausforderung an die Weltöffentlichkeit sei, nicht passiv zu bleiben. Man hatte unterdessen jedoch auch erkannt, daß die alten Methoden nicht wirksam genug waren und das neue Formen der Opposition erschaffen werden mußten. Die Praxis, unterzeichnete Protestbriefe zu versenden, wurde zwar nicht eingestellt — sie existiert noch heute. Aber da die Repressionen andauerten, kamen einige Dissidenten zu dem Schluß, daß anonyme, in manchen Fällen sogar illegale und konspirative Methoden (wie politische Untergrundorganisationen) vorzuziehen seien. Andererseits veranlaßten die Repressionen viele Dissidenten aber auch zu mehr Selbstbesinnung und Reflexion, zur Vertiefung in die Vergangenheit des Landes, zu einer bewußteren Bestandsaufnahme und einer Suche nach ideologischen und praktischen Lösungen für die zahlreichen Probleme in der Sowjetunion.

## II.

Während der folgenden drei Jahre nahm der sowjetische Dissens neue und faszinierende Formen an. Eine davon war der allmähliche Differenzierungsprozeß unter denen, die früher nicht nur in ihren letzten und vage definierten Zielsetzungen (die man vielleicht am besten als die Beseitigung des Stalinschen Erbes der Lügen und Ungesetzlichkeit beschreiben kann) übereinstimmten, sondern auch in ihren Methoden. Nun begannen sich Unterschiede zu zeigen: Manche Dissidenten, die als „Legalisten“ bekannt sind, scheuten sich

vor jeder kritischen Bemerkung über die sowjetischen politischen Institutionen und beschränkten sich auf eine schlagkräftige, aber durchdachte Kritik an der „sozialistischen Gesetzlichkeit“. Ihr bekanntester Vertreter war ohne Zweifel das Akadememit-

<sup>1)</sup> General Grigorenko z. B. blieb trotz zahlreicher Bemühungen, seinen Gesundheitszustand als völlig normal nachzuweisen — darunter mit Hilfe eines Gutachtens sowjetischer Ärzte —, seit 1969 in einer psychiatrischen Klinik eingesperrt. (Er wurde erst im Juni 1974 freigelassen — eine liberale Geste im Zusammenhang mit dem Nixon-Besuch in Moskau. Anm. d. Übers.)



glied Andrej Sacharow, der im Jahre 1970 zusammen mit zwei anderen Physikern, Andrej Twerdochlebow und Walerij Tschalidse, das Menschenrechtskomitee gründete, dessen Zweck es ist, für die Einhaltung der sowjetischen Gesetze zu kämpfen, und zwar strikt „in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Landes“. Andere, die in ähnlicher Weise entschlossen waren, völlig innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu handeln, haben den Akzent auf allmähliche wirtschaftliche, soziale und politische Reformen gelegt. Viele der Letzteren — am prominentesten der Historiker Roj Medwedew und sein Zwillingsbruder Shores (der sich wie Tschalidse jetzt im unfreiwilligen Exil im Westen befindet) — betrachten sich als treue Marxisten-Leninisten. Während die Mehrzahl derer, die man die „Demokratische Opposition“ nennt, offenbar jede Illusion über den Marxismus verloren hat, berichtete die *Chronik der laufenden Ereignisse* (unsere wertvollste Informationsquelle für diese Periode) gelegentlich über die Existenz — und Liquidierung — kleiner illegaler revolutionärer Gruppen, deren Programm eine Mischung aus merkwürdigem Sozialutopismus und militantem Trotzismus darstellt.

Interessanter und bedeutsamer war das Auftauchen einer Art „rechten Flügels“ im Lager der Dissidenten — bedeutsam deshalb, weil dieser Vorgang auf „offizieller Ebene“ eine Entsprechung mit ähnlichen Tendenzen fand. Insbesondere gab es eine Wiederbelebung des „Slawophilentums“, jener philosophischen Schule des 19. Jahrhunderts, die die Rettung Rußlands nur in den geschichtlichen und religiösen Traditionen sah und dabei verächtlich das zurückwies, was sie als verderblichen Einfluß des Westens betrachtete. Die *Allrussische Gesellschaft für den Schutz von historischen Denkmälern*, die unter offizieller Protektion im Juni 1966 gegründet worden war sowie Zeitschriften wie *Molodaja gwardija* (*Junge Garde*), die Monatszeitschrift des Kommunistischen Jugendverbandes, und *Nasch sowremennik* (*Unser Zeitgenosse*) waren alle Ausdruck des neuen russischen Pa-

triotismus, der oft mit kaum verhüllten antisemitischen und allgemein xenophoben Ansichten vermischt war. Da aber das Slawophilentum — zumindest in der Theorie — in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Dogmen des Marxismus-Leninismus steht, gingen seine treuen Anhänger „in den Untergrund“ und brachten ihre Ideen in *Samisdat*-Publikationen wie *Wetsche* (das Wort für Stadtversammlungen im mittelalterlichen Rußland), die bislang in acht umfangreichen Nummern erschienen ist, und in gelegentlichen Essays und Artikeln zum Ausdruck. 1971 erschien im *Samisdat* eine Broschüre mit dem Titel „*Ein Wort an die Nation: Manifest der Russischen Patrioten*“. Es trat offen für rassistische, antisemitische, totalitäre und theokratische Ideen ein und ist vielleicht das Produkt der Wahnvorstellungen eines einzigen oder einer Gruppe. Aber es dürfte eine gewisse Einstellung recht gut widerspiegeln, die verbreiteter ist, als man gemeinhin annimmt — die weitverbreiteten anti-jüdischen Ressentiments, die von einer offiziellen „antizionistischen“ Propaganda der primitivsten und abstoßendsten Art unterstützt und ermutigt werden, bezeugen das.

Wie im Falle des Slawophilentums, so haben auch andere Tendenzen, seien sie politisch oder anders geartet, ihre Heimat im *Samisdat* gefunden. In der Tat wurde der *Samisdat* zwischen 1969 und 1972 allmählich ein Vehikel für die Diskussion einer breiten Palette von Ansichten und sprach auf diese Weise Tausende von Lesern an, die sonst kein Interesse am politischen Konflikt hatten. Eigene Zeitschriften und Dokumente tauchten auf, die juristische Tatbestände behandelten, stalinistischen Verbrechen und ihrer Verheimlichung nachgingen, für die Bildung von politischen Untergrundorganisationen eintraten, echten Föderalismus in Verbindung mit parlamentarischer Demokratie forderten und theoretische und praktische Probleme erörterten, denen sich die „Demokratische Bewegung“ gegenüberübersah, wobei natürlich die Publikation von belletristischen Werken, russischen wie aus-

ländischen, die von der Zensur verboten waren, weiterlief. Es muß in diesem Zusammenhang auch der „Ukrainische Bote“ erwähnt werden, eine von ukrainischen Dissidenten herausgegebene Zeitschrift, die sich am Modell der *Chronik der laufenden Ereignisse* orientierte und vor kurzem verboten wurde sowie die *Chronik der Litauischen Katholischen Kirche*, die die Ansichten der Katholiken in einem Land wiedergibt, wo Opposition gegen die Sowjetherrschaft nationalen wie religiösen Charakter hat.

Die bemerkenswerte Vielfalt der *Samisdat*-Literatur darf natürlich nicht mit zahlenmäßiger Stärke verwechselt werden. Eine „Partei“ kann durchaus nur aus wenigen Mitgliedern bestehen; ein „lautstarkes“ Manifest ist vermutlich das Werk eines einzelnen; Parteiengezänk unter politischen Oppositionellen ist heute in Rußland ebenso verbreitet wie es um die Jahrhundertwende war. Auch ist das intellektuelle Niveau mancher dieser Dokumente nicht unbedingt beeindruckend. Manche sind in der Tat naiv, utopisch oder abstrus; insbesondere programmatische Schriften widmen sich offenkundig mehr vagen Verallgemeinerungen als der rigorosen Analyse. Trotzdem haben sie alle wenigstens von einem gewissen politischen Reifeprozess Zeugnis gegeben, von den Anstrengungen *einiger*, sich nicht mit den Schlagworten zufriedenzugeben, die die Protestbewegung beflügelten, als sie sich zu Anfang eine Bahn in die Öffentlichkeit brach.

Schließlich war die Periode von 1969 bis 1972 (und zu einem erheblichen Maße auch die Gegenwart) durch ein bemerkenswertes Zunehmen der Verbindungen zwischen sowjetischen Dissidenten und der Außenwelt gekennzeichnet. Die sowjetische politische Opposition hörte plötzlich auf, eine innere Angelegenheit zu sein, und ihr Erfolg oder Mißgeschick besaß das mitfühlende Interesse eines großen Teils der Weltöffentlichkeit. Dies ist wahrscheinlich zu einem Teil den Erfolgen der jüdischen „Exodus-Bewegung“ zu-

zuschreiben: Die eingeschüchterte jüdische Gemeinschaft — oder jedenfalls diejenigen ihrer Mitglieder, die unbedingt die UdSSR in Richtung Israel verlassen wollten — haben, um eine beliebte sowjetische Phrase zu gebrauchen, alle anderen Dissidenten-Gruppen im Lande „eingeholt und überholt“, was die Bestimmtheit, mit denen sie ihre Ziele verfolgten, wie auch vielleicht ihre Erfolge betrifft. Die Zug um Zug sich vollziehende Emigration sowjetischer Juden wäre ohne die energische Hilfe jüdischer Gemeinden überall in der Welt, in erster Linie in Israel und den USA, unmöglich gewesen, aufgrund dieser Erfahrungen wurden Aufrufe um Unterstützung von außen eine Methode, die zunehmend auch von anderen Dissidenten übernommen wurde. *Glasnost* (Publizität) war übrigens stets ein prinzipielles Ziel der Dissidentenbewegung seit ihrem Beginn; aber erst um 1970/71 war dieses Ziel erreicht: Die Prozesse gegen sowjetische Dissidenten machten in amerikanischen und europäischen Zeitungen Schlagzeilen. Westliche Pressekorrespondenten schrieben viele Artikel und fungierten häufig als Übermittler für *Samisdat*-Material. Verschiedene westliche Organisationen wie *Amnesty International* begannen, sich mit dem Schicksal von einzelnen Dissidenten zu befassen. Die Internationale Menschenrechtsliga in New York richtete eine formale organisatorische Verbindung mit Sacharows Menschenrechtskomitee ein; religiöse Gruppen (z. B. die Baptisten) publizierten die Appelle ihrer verfolgten Glaubensgenossen in der UdSSR. Mit der Zeit wurde das Telefon eines der wirksamsten Instrumente der *glasnost*, und zwar in einer Weise, daß man den Protest direkt an Journalisten in Großbritannien und in den USA übermittelte, so daß er die westliche Öffentlichkeit eher erreichte als die begrenzte Anzahl von schlechtreproduzierten Kopien des *Samisdat* den sowjetischen Leser. Rundfunksendungen, die von westlichen Sendern in die Sowjetunion ausgestrahlt wurden, taten ein übriges. Es war ein bizarres Schauspiel, ein einzigartiges Produkt unseres technischen



Zeitalters, eine Quelle der Unterstützung für die verfolgten sowjetischen Dissidenten — aber auch ein weiterer Faktor, der die sowje-

tischen Behörden die Überzeugung gewinnen ließ, daß diese Opposition nicht länger toleriert werden könne.

### III.

Obwohl das KGB die sowjetischen Dissidenten beharrlich verfolgte und sich nicht gerade durch übermäßige Nachsicht bei der Auseinandersetzung mit jeglicher Manifestation von Opposition gegen das Regime hervortat, scheint es doch bei der Verwendung aller Waffen seines Arsenalts gegen eine der provozierendsten Publikationen, der *Chronik der laufenden Ereignisse*, merkwürdig zurückhaltend gewesen zu sein. Die Gründe für diese offensichtliche Passivität war Gegenstand endloser Spekulationen von Sowjetspezialisten im Westen. Die plausibelsten der angebotenen Erklärungen waren: a) die sowjetische Sicherheitspolizei konnte die *Chronik* (und die hinter ihr stehende Gruppe) nur ausrotten, indem sie eine Serie von Verhaftungen vornahm, damit zugleich aber die Sowjetintelligenz insgesamt wie auch die öffentliche Meinung im Ausland gegen sich aufbrachte — was sie nicht zu tun beabsichtigte; b) daß das KGB genau wußte, wer mit der *Chronik* in Verbindung stand, es aber vorzog, sie unter Beobachtung zu halten, um so schließlich so viele wie möglich zu verhaften. Aus der Retrospektive scheint die zweite Hypothese den Tatsachen näherzukommen als die erste.

Gegen Ende des Jahres 1971 waren die sowjetischen Behörden offenbar zu dem Schluß gekommen, daß ihnen die Situation entglitt und daß der „Demokratischen Bewegung“ eine entscheidende Niederlage zugefügt werden müsse. Nach Informationen, die später den Westen erreichten, hatte das Politbüro selbst beschlossen, die *Chronik* zu liquidieren, und das KGB in diesem Sinn instruiert.

Aber das KGB ist heute nicht mehr das, was es zu Stalins Zeiten war. Obgleich manche seiner heutigen Methoden denen, die in der

Vergangenheit angewandt wurden, durchaus ähnlich sind, so sind es doch nicht jene des Terrors und der Brutalität, sondern eher eine subtilere Mischung aus Drohungen, Einschüchterung, Versprechen — und Zwang. In der Angelegenheit, die als „Fall Nr. 24“ bekannt wurde, regte sich das KGB zunächst relativ langsam. Eine Anzahl von Verhaftungen fanden in der Ukraine statt, wo nationale Widerspenstigkeit in intellektuellen Kreisen kürzlich besonders stark zugenommen hatte. In Moskau und Leningrad wurden prominente Dissidenten „eingeladen“, in der Zentrale der Sicherheitspolizei zwecks Vernehmung zu erscheinen. Wohnungen wurden durchsucht, und „inkriminierendes“ *Samisdat*-Material (darunter solches völlig harmloser Natur) wurde konfisziert. Dem folgten Verhaftungen, die am 21. Juni 1972 mit der Festnahme von Pjotr Jakir ihren Höhepunkt erreichten. Für die Gemeinschaft der Dissidenten war dieser letzte Schritt in der Tat das Zeichen an der Wand.

Pjotr Jakir ist der Sohn eines hochdekorierten Bürgerkriegshelden, der zusammen mit anderen hohen Offizieren im Juni 1937 auf Grund willkürlicher Spionagebeschuldigungen erschossen wurde. Kurz darauf wurde Pjotr selbst, damals 14 Jahre alt, von der Polizei festgenommen und verbrachte 15 Jahre seines Lebens in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Sein Vater wurde, ebenso wie die anderen Offiziere, in den fünfziger Jahren „rehabilitiert“; Pjotr wurde unter Chruschtschows persönliche Obhut genommen und erhielt die Erlaubnis, über die Geschichte seines Vaters Vorlesungen abzuhalten und zu schreiben — dies geschah während des Höhepunktes des „Entstalinisierungs-Kurses“.

Mit Chruschtschows Absetzung im Oktober 1964 kam auch die „Entstalinisierung“ zum Stillstand und Pjotr Jakir, der durch Vorgänge alarmiert war, die nach seiner Auffassung nicht nur erneutes Schweigen über den Stalinismus, sondern sogar dessen Wiederbelebung bedeuteten, beteiligte sich zunehmend — und öffentlich — an der Protestbewegung. In den Jahren 1968 und 1969 trat er als einer ihrer aktivsten Führer, als Autor und Mitunterzeichner zahlreicher „offener Briefe“ und Petitionen in Erscheinung. Das KGB wußte natürlich von seinen Aktivitäten (er machte keine Anstrengungen, sie zu verbergen), aber man nahm allgemein an, daß Jakir in Ruhe gelassen würde, weil seine Verhaftung — nach den Worten eines seiner engen Freunde, der jetzt im Westen ist — nur als „endgültiges Anzeichen für die tatsächliche Restauration des Stalinismus in unserem Land“ interpretiert werden konnte.

Jakirs Verhaftung im Juni 1972 hatte daher eine niederschmetternde Wirkung in sowjetischen Dissidentenkreisen. Die Stimmung der Verzagtheit und der Hoffnungslosigkeit wuchs, als man nach einigen Monaten hörte, Jakir habe sich entschieden, mit seinen Kerkermeistern zu kooperieren, sein ganzes Wissen zu offenbaren und (wie sich schließlich erwies) mehr als hundert Freunde und Gefährten mit hineinzuziehen. (Jakirs Neigung zum Alkohol war bekannt und es besteht zu Recht die Annahme, daß es diese besondere Schwäche war, die das KGB benutzte, um ihn zu brechen.)

Weitere Verhaftungen und Verhöre folgten und im September 1972 wurde Viktor Krassin, ein anderer prominenter Bürgerrechtler mit einem eindrucksvollen „Vorleben“ an Protesten und Gefängnisaufhalten, inhaftiert. Wie man bald erfuhr, wurde auch er „überredet“, mit den Behörden zu kooperieren. Nach einer Weile wurde deutlich, daß das KGB Krassin und Jakir für einen sorgfältig vorbereiteten „Schauprozeß“ präparierte, der eine Warnung an ihre Freunde sein

sollte, von allen weiteren Aktivitäten gegen das Regime abzulassen. Während das KGB hier seine Zähne zeigte — und auch sein Vertrauen auf die verrufensten stalinistischen Methoden —, bediente es sich auch einer neuen und bemerkenswert raffinierten Strategie, indem es verschiedenen bekannten Oppositionellen gestattete und sie sogar aufforderte, das Land als Teil des „Jüdischen Exodus“, der zu der Zeit an Gewicht zunahm, nach Israel zu verlassen (was einer Vertreibung gleichkam). Manche der Dissidenten, die seit 1972 das Land verließen, waren in der Tat Juden, Halbjuden oder mit einem Juden verheiratet, andere aber hatten — was die Behörden natürlich wußten — keine Beziehungen zu der jüdischen Bewegung.

Die Nummer 27 der *Chronik* erschien im Oktober 1972. Da seit 18 Monaten keine weiteren Nummern herauskamen, schien es offensichtlich zu sein, daß die Zeitschrift nicht mehr erscheinen würde — wenigstens nicht unter dem (unbekannten) Schutz, unter dem sie regelmäßig seit April 1968 erschienen war. Der Beginn des Jahres 1973 setzte die „Demokratische Bewegung“ (wenn auch nicht notwendigerweise alle anderen Dissidentengruppen) in einen Zustand der Verwirrung. „Moskau war“, wie ein kürzlich in den Westen gekommener junger Russe dem Verfasser sagte, „der Schauplatz von herzzerreißenden Szenen: Dutzende von Dissidenten kamen aus Lagern, Gefängnissen und aus dem Exil zurück, wohin man sie in den Jahren 1968/69 — oder früher — verbannt hatte; sie begegneten ihren früheren Freunden, die nun von nichts anderem mehr sprachen als vom Verlassen des Landes.“ Im März 1973 erhielt das Akademiemitglied Sacharow einen von Jakir im Gefängnis geschriebenen Brief, in dem dieser zugab, in „antisowjetische Aktivitäten“ verwickelt gewesen zu sein, und den Wissenschaftler beschwor, „(ihn) richtig zu verstehen“ und ähnliche „Fehler und Verblendungen“ zu meiden. Ende August 1973 wurden Jakir und Krassin vor Gericht gestellt. Ausländischen Pressekorrespondenten wurde der



Zutritt verwehrt, aber sie hätten ebensogut zugehen sein können: beide Angeklagten gaben ihre „Schuld“ in vollem Umfang zu (und zwar „antisowjetisches Material“ in den Westen geleitet und mit dem NTS kollaboriert zu haben, einer konservativen russischen Emigrantenorganisation mit dem Hauptsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die jahrelang zahlreiche *Samisdat*-Dokumente publizierte, darunter auf russisch alle Nummern der *Chronik der laufenden Ereignisse*). Auf einer makabren „Pressekonferenz“, die ein paar Tage später inszeniert wurde, wiederholten Krassin und Jakir ihre Geständnisse und nannten einige westliche Pressekorrespondenten als ihre Kontaktleute. Die Tragikomödie wurde bis zum Ende durchgespielt.

Nach dem Prozeß enthüllte Shores Medwedew, der sich damals schon im Exil in London befand, daß seine Dissidentenfreunde schon um 1970 entschieden hätten, Jakir könne man nicht mehr vertrauen. In dem langen Essay „Das Problem der Demokratisierung und das Problem der Entspannung“, das im Oktober im *Samisdat* zirkulierte<sup>2)</sup>, beschuldigte Roj Medwedew Jakir und Krassin ausdrücklich der „provokatorischen Tätigkeit“. Was immer der Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen sein mag, klar ist, daß das KGB seine Mission weithin mit Erfolg durchgeführt hatte und daß die kleine Gruppe der Bürgerrechtler, die in der Avantgarde der Dissidentenbewegung in den Jahren 1968—1969 gestanden hatte, dezimiert worden war.

#### IV.

Wenn sich das Politbüro und die Sicherheitspolizei auch zu der gut geleisteten Arbeit beglückwünschen konnten, so unterlief ihnen doch eine Fehlkalkulation, wenn sie glaubten, daß der „Fall No. 24“ den noch verbliebenen politischen Widerstand in ihrem Land ausgerottet hätte. Denn als die Verfolgung der Dissidenten verstärkt wurde, traten zwei Männer auf, die die Behörden in weitaus radikalerer und unversöhnlicherer Weise herausforderten, als das zuvor der Fall war. Wichtiger noch, die Fragen, die sie aufwarfen — und die lebhafteste Debatte, die daraufhin einsetzte — berührten nicht mehr die nur für die Sowjetbürger relevanten Probleme, sondern bezogen das Verhalten des Westens gegenüber der UdSSR und damit manche sehr konkrete politische Fragen an westliche Regierungen mit ein, in erster Linie an die Vereinigten Staaten gerichtet. Während die sowjetischen Dissidenten in den Jahren 1969-1972 vor allem daran interessiert waren, *glasnost* im Ausland als ein Mittel zur Sicherung gegen Repressionen von seiten der Regierung und als eine Quelle moralischer und politischer Unterstützung zu erlangen, wurde der Westen nun in einen Dialog hineingezogen, dessen

Prämissen und Umfang von den einheimischen Kritikern des Sowjetregimes festgesetzt wurden. Die Themen waren: Ost-West-Beziehungen, das Jackson-Amendment, Entspannung sowie die Zukunft Rußlands; die beiden Männer waren Andrej Sacharow und Alexander Solschenizyn.

Sacharow hatte sich lange eingehend mit den Ost-West-Beziehungen befaßt, wie seine drei berühmten Memoranden zeigen, die 1968, 1970 und 1971 publiziert wurden. Doch während Sacharow in der Vergangenheit geglaubt zu haben scheint, daß seine Bemühung, die Sowjetführer (an die die Memoranden gerichtet waren) „rational anzusprechen“, einen nützlichen Dialog zwischen dem Regime und seiner „loyalen Opposition“ hervorbringen könne, und während er in der Vergangenheit dem Glauben an einen Sozialismus anhing, der schrittweise reformiert würde durch eine allmähliche „Konvergenz vom kapitalistischen und sozialistischen System, begleitet von einer Entmilitarisierung, einer Verstärkung des sozialen Schutzes und der Rechte

<sup>2)</sup> Erschien auch in „Die Zeit“ und, allerdings sinnentstellend gekürzt, in der New York Times.

des arbeitenden Volkes sowie der Schaffung einer Wirtschaft gemischten Typs<sup>3)</sup>, so hat er um 1973 deutlich seine Einstellung geändert. Infolge der massiven Anti-Dissidenten-Kampagne und dem Fehlschlagen seiner Bemühungen kam Sacharow zu zwei folgenschweren Schlüssen: erstens, daß das Sowjetsystem keinerlei Ähnlichkeit zu dem habe, wovon er früher geglaubt hatte, daß es unabdingbare Charakterzüge einer sozialistischen Gesellschaft seien; zweitens, daß die notwendigen grundlegenden Reformen im sowjetischen Leben nur als Ergebnis einer entsprechenden Politik des Westens eintreten würden.

Am 2. Juli 1973 wurde vom Schwedischen Rundfunk und Fernsehen ein Interview mit Sacharow ausgestrahlt, in dem er seiner tiefen Desillusionierung über das Sowjetsystem Ausdruck gab: „... unser Sozialismus ist einfach die Extremform jenes kapitalistischen Entwicklungsweges, wie er z. B. in den USA und in anderen westlichen Ländern vorhanden ist. Der Unterschied besteht allein in der extremen Monopolisierung. Wenn das so ist, so dürfen wir uns nicht wundern, daß bei uns die gleichen Probleme wie bei Ihnen auftreten. Das gleiche Problem der Kriminalität, das gleiche Problem der Entfremdung der Persönlichkeit wie in der kapitalistischen Welt. Nur ist unsere Gesellschaft ein Extremfall. Sie ist extrem unfrei, extrem gefesselt durch die Ideologie und außerdem — und das ist wohl das bezeichnendste — die präventivste, d. h. sie erhebt den Anspruch, viel besser als die anderen zu sein.“<sup>4)</sup>

Das Interview rief, wie vorauszusehen war, einen wütenden Sturm von Attacken und Verleumdungen in den sowjetischen Medien hervor. Sacharow wurde beschuldigt, „vor dem kapitalistischen System zu kriechen“ und — was Unheil ankündete — „die Sowjet-

union zu verleumden“. Einige Wochen später wurde er zu einer Unterredung mit dem ersten stellvertretenden Staatsanwalt der UdSSR, Michail Maljarow, geladen, der Sacharow ermahnte, sich jeder weiteren „anti-sowjetischen Tätigkeit“ zu enthalten. Anstatt Maljarows Rat zu beachten, lud Sacharow eine Woche danach zehn westliche Pressekorrespondenten zu sich ein, übergab ihnen den Text seiner Unterredung mit dem sowjetischen Beamten und beantwortete Fragen zu einem weiten Kreis von Problemen. In diesem Interview formulierte Sacharow prägnant seine Ansichten zur Entspannung: „Wir sehen uns ganz konkreten Problemen gegenüber, nämlich, ob es während des Annäherungsprozesses eine Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft geben wird oder nicht ... Entspannung ohne Demokratisierung, eine Annäherung, bei der der Westen unsere Spielregeln akzeptiert ... würde sehr gefährlich sein und keines der Weltprobleme lösen ... Niemand sollte davon träumen, solch einen Nachbarn zu haben, insbesondere, wenn dieser Nachbar bis an die Zähne bewaffnet ist.“<sup>5)</sup>

Diese Ansichten führten Sacharow folgerichtig zu einer expliziten Unterstützung des Jackson Amendments, das jeder „nichtmarktwirtschaftlichen“ Nation, die ihren Bürgern das Emigrationsrecht verweigert, langfristige Kredite und den Meistbegünstigungs-Status vorenthalten soll. In diesem Sinne appellierte Sacharow in einem vom 14. September 1973 datierten „Offenen Brief an den Kongreß der Vereinigten Staaten“ nachdrücklich, „das Jackson Amendment zu unterstützen, das nach meiner Ansicht und nach der Ansicht seiner Förderer einen Versuch darstellt, das Emigrationsrecht von Bürgern in denjenigen Ländern zu schützen, die in neue und freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eintreten.“

Das Jackson Amendment zielt natürlich in erster Linie und vor allen Dingen auf die So-

<sup>3)</sup> Index (London), Winter 1973, S. 30.

<sup>4)</sup> Engl. Übers. ebd., S. 13. Hier übersetzt nach dem russischen Originaltext in: A. Sacharow, *V bor'be za mir*. Frankfurt 1973, S. 113. (Deutsch in: A. Sacharow, *Stellungnahme*. Wien 1974, S. 44—45).

<sup>5)</sup> Ebd., S. 28. Text auch in A. Sacharow, *Stellungnahme*, S. 172—173.



wjetunion und betrifft, wenigstens im Augenblick, mehr die Juden als jede andere ethnische Gruppe in der UdSSR. Selbst wenn man einräumt, daß Sacharow fest der Idee verpflichtet ist, daß der Westen, wenn er engere kooperative Verbindungen mit der Sowjetunion herstellt, für ökonomische und technologische Hilfe gleichermaßen aus Prinzip wie aus praktischen Gründen gewisse Konzessionen von der UdSSR verlangen muß, so mag es doch verwunderlich sein, warum er die Frage der Emigration vor allen anderen auswählte.

Schon in seinem Brief an den Kongreß wie auch in einer Reihe anderer Stellungnahmen, die Sacharow im Laufe des letzten Jahres abgegeben hat, hat er seine Beweggründe klar dargestellt: Erstens, das Jackson Amendment dient als Symbol für die Art von Politik, von der Sacharow glaubt, daß der Westen sie in seinen Beziehungen mit der Sowjetunion befolgen müsse. Zweitens, Emigration ist ein universales Menschenrecht, das in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UNO enthalten ist, die Moskau gutgeheißen hat. Drittens — so sein Brief an den US-Kongreß — „die Preisgabe einer Politik der Prinzipien wäre ein Verrat an Tausenden von Juden und Nichtjuden, die emigrieren wollen, an Hunderten derer, die in Lagern und Nervenheilanstalten sitzen, an den Opfern der Berliner Mauer.“ Viertens würde das uneingeschränkte Emigrationsrecht die Sowjetunion vielleicht zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, die den Wunsch von Sowjetbürgern, das Land zu verlassen, überflüssig machen könnten, das heißt, das System in Richtung auf größere Freiheit und materiellen Wohlstand zu verändern. Wenn es dem Westen nicht gelingt, der Sowjetunion gegenüber diese Forderung zu stellen, würde dies sogar „zu schärferen Repressionen aus ideologischen Gründen führen“, zu katastrophalen Konsequenzen für „das internationale Vertrauen, die Entspannung und die gesamte Zukunft der Menschheit“.

Während Sacharow diese Stellungnahmen abgab — inmitten einer hysterischen Kampagne

in der Sowjetpresse („spontane“ Protestversammlungen von „empörten“ sowjetischen Arbeitern etc.), entschloß sich auch Alexander Solschenizyn, seine Meinung zu sagen.

Mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen, wie z. B. einer scharfen Stellungnahme über die Verwendung von psychiatrischen Kliniken, die er — mutatis mutandis — mit der Vernichtungspolitik in Nazi-Deutschland verglich, hatte sich Solschenizyn, anders als Sacharow, bis dahin nur auf eine nachdrückliche Verteidigung der Rede- und Glaubensfreiheit in der UdSSR beschränkt. Am 28. August, eine Woche nach Sacharows erster Pressekonferenz, lud Solschenizyn zwei westliche Korrespondenten zu einer eigenen Pressekonferenz ein. Vieles von dem, was er sagte<sup>6)</sup>, war eine Wiederholung seiner früheren Erklärungen, insbesondere was die Verleumdungskampagne betraf, die die sowjetische Presse seit einigen Jahren gegen ihn führte. Doch identifizierte er sich zum ersten Mal nachdrücklich mit anderen sowjetischen Dissidenten, wobei er zahlreiche Einzelpersonen wie den General Grigorenko und Wladimir Bukowskij<sup>7)</sup> hervorhob, deren „unbezwinglichen“ Mut und unmenschliches Leiden er bewunderte. Dabei geißelte er auch den Westen, weil dieser es unterlassen habe, das Möglichste zu tun, um ihre Freilassung zu erreichen. Während er mit Sacharow hinsichtlich der Notwendigkeit eines politischen Druckes der gleichen Meinung war, stimmte er dem Physiker implizit nicht zu, wenn dieser forderte, daß der Westen Kompromißlösungen mit dem Sowjetregime über alle Gegenstände von irgendwelcher prinzipieller Bedeutung ablehnen solle — eine Haltung, die in der Tat für eine tatsächliche Entspannung wenig Aussicht bieten würde.

<sup>6)</sup> Engl. Texte s. Index, a. a. O., S. 31—45.

<sup>7)</sup> Bukowskij wurde 1972 für seine fortgesetzten Aktivitäten, vor allem, weil er dem Westen zahlreiche Informationen über die Verwendung der Psychiatrie für politische Zwecke zugänglich gemacht hatte, zu insgesamt 12 Jahren Gefängnis, Lager und Verbannung verurteilt.

Zwei Wochen danach richtete Solschenizyn einen langen Brief an das Nobelpreiskomitee in Oslo, in dem er Andrej Sacharow für den Friedensnobelpreis vorschlug. Er bekräftigte erneut seine Unterstützung der sowjetischen Dissidenten, vermied aber die von Andrej Sacharow angeschnittenen praktischen Fragen der Ost-West-Beziehungen. Er nahm (ironisch) Bezug auf die Entspannung: sie sei „vom Geist von München, dem Geist der Zugeständnisse und Kompromisse“ beherrscht, und appellierte an die Weltöffentlichkeit, auf Gewalt — sei es im Innern oder nach außen, in den Beziehungen zwischen den Staaten und zwischen den Regierungen und ihren Völkern — zu verzichten; dies sei das einzige Mittel, einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Die praktischen Vorschläge, die Sacharow vorgebracht hatte, wurden von Roj Medwedew in dem oben genannten Essay über Entspannung und Demokratisierung aufgegriffen. Medwedew stimmte jedoch mit seinem Freund und Kollegen hinsichtlich dessen Forderung nach einem Druck von außen als dem einzigen Mittel, eine Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft durchzusetzen, nicht überein. Er schrieb: „Es wäre eine starke Vereinfachung, anzunehmen, man könne nur mit Hilfe eines Druckes von außen und besonders durch einen Druck über die zwischenstaatlichen Beziehungen oder über den Handel irgendwelche wesentlichen Konzessionen von einem Land wie der Sowjetunion hinsichtlich seiner Innenpolitik erzielen. Druck von außen kann eine positive wie auch eine negative Rolle spielen, er kann unsere Machtorgane im einen Fall von diesen oder jenen Handlungen abhalten, aber in anderen Fällen umgekehrt gerade diese oder jene unerwünschte Handlungen provozieren und auf diese Weise den Demokratisierungsprozeß der sowjetischen Gesellschaft nur noch erschweren.“

Eine Unterstützung des Jackson Amendment, so glaubte Medwedew, gehöre in diese letzte Kategorie. Als treuer „Marxist-Leninist“ argumentierte er darüber hinaus, daß Hilfeappelle

nicht an Gruppen oder Regierungen gerichtet werden sollten, die den Druck für ihre eigenen Ziele (etwa wirtschaftliche Gewinne) einsetzen, die aber nicht im geringsten an dem inneren Demokratisierungsprozeß interessiert, vielmehr in Wirklichkeit gegen jede Art von Sozialismus eingestellt sind, sondern sie seien an diejenigen linken Gruppierungen zu richten, „die an der Errichtung einer echten sozialistischen Demokratie bei uns interessiert sind.“ Vertrauen auf spezifisch *antisowjetische* Organisationen würde nur Wasser auf die KGB-Mühlen sein — ein Gedanke, der auch von Rojs Bruder kurz danach in London vorgebracht wurde.

Welches auch immer die Fehler oder falschen Prognosen in Medwedews These sein mögen (z. B. kritisierte er Solschenizyn, dieser habe die Behandlung der Schwarzen in Südafrika mit der Behandlung der Dissidenten in der Sowjetunion verglichen — während Solschenizyn tatsächlich nur die mangelnde Reaktion der Weltöffentlichkeit im letzteren Fall im Vergleich zur Reaktion gegenüber Südafrika beklagt hatte) —, sein Essay war eine schlüssig begründete These, in der er die Punkte, in denen er mit Sacharows Standpunkt übereinstimmte und nicht übereinstimmte, zu formulieren versuchte. Doch die Resonanz in den sowjetischen Dissidentenkreisen war derart, daß sich Medwedew sofort von vielen seiner Kollegen attackiert sah. Manche von ihnen erhoben fast absurde Beschuldigungen gegen ihn (z. B., er habe seine „Hände gegen zwei grenzenlos mutige Männer unserer Zeit, gegen den moralischen Stolz Rußlands, gegen das Akademiemitglied Sacharow und gegen Alexander Solschenizyn erhoben“) <sup>5)</sup>.

Diese Kritik veranlaßte Medwedew, einen weiteren Essay über dieses Thema im April

---

<sup>5)</sup> Brief des Schriftstellers V. Maximow, in: A Chronicle of Human Rights in The U.S.S.R. (New York), No 5—6, S. 8. Maximow ist ein begabter Prosaiker, der vor kurzem die Sowjetunion verlassen durfte.



1974 zu publizieren („Noch einmal zu Demokratisierung und Entspannung“), in dem er auf einige kritische Stellungnahmen antwortete und sich bemühte, so bündig wie möglich die Beziehung zwischen Druck von außen (an dessen Möglichkeit er durchaus glaubt) und den Veränderungen, die nur von innen heraus kommen können, zu formulieren, wie auch die Aussichten für Änderungen, die „von oben“ veranlaßt werden (in seinem ersten Essay betrachtete er diese noch als die einzige Möglichkeit, tiefgreifende Reformen zu bewirken) und schließlich solchen, die „von unten“ in Gang gesetzt werden können.

Im März dieses Jahres publizierte Solschenizyn, der sich schon im Ausland befand, seinen „Brief an die Führer der Sowjetunion“, der einen weiteren Wirbel von Kritik und Gegenkritik auslöste. Ohne den Versuch zu machen, Solschenizyn oder seinen Kritikern — in erster Linie Sacharow (ein Thema, das der Verfasser an anderem Ort extensiv behandelt hat)<sup>9)</sup> — volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, soll hier nur so viel gesagt werden, daß Solschenizyn in einer Weise, die eigenartig an die Idee der Slawophilen des frühen 19. Jahrhunderts erinnert, im wesentlichen vorschlug, Rußland solle seine Energien nach innen wenden, sich vom Marxismus-Leninismus lossagen, den er für alle Übel, die der sowjetischen Gesellschaft zugestoßen sind, verantwortlich machte. Es solle auch auf ein un-

beschränktes technisches und wirtschaftliches Wachstum verzichten, das nicht nur „unnötig, sondern verderblich“ sei. In seiner Erwiderung bekräftigte Sacharow seinen Glauben an die internationale Kooperation, Technologie und Entspannung als die einzigen Garantien für Demokratie und Fortschritt und wies Solschenizyns Ansichten über die Ideologie als zu „schematisch“ und ihrer tatsächlichen Rolle in der Sowjetunion nicht gerecht werdend zurück (d. h. als einer „bequemen Fassade“ und Rechtfertigung für die Machtbehauptung der Partei). Er kritisierte die „Denkungsart“ seines Freundes als eine Art von „religiös-patriarchalischer Romantik“.

Zugleich begrüßte Sacharow den „Brief“ als einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion über die wichtigen Fragen, die die Zukunft Rußlands und des Westens betreffen und würdigte den Schriftsteller als einen „Riesen im Kampf für die Würde des Menschen in unserer tragischen gegenwärtigen Welt“. Auch Roj Medwedew reagierte auf Solschenizyns Brief und kritisierte ihn, wenn auch bei weitem weniger intensiv, mit ähnlichen Formulierungen wie Sacharow. Mittlerweile hatte Sacharow auch eine Erwiderung an die beiden Brüder Medwedew veröffentlicht, während andere *Samisdat*-Autoren in der Sowjetunion verschiedene Stellungnahmen publizierten, die sich an alle vier — an die Brüder Medwedew, Solschenizyn und Sacharow, richteten. Und so dauert die Debatte an.

## V.

Welche Schlußfolgerungen können auf dem Hintergrund der skizzierten Kontroversen hinsichtlich der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung der intellektuellen Opposition in der UdSSR und auch im Hinblick auf mögliche Konsequenzen für den Westen gezogen werden?

Die wichtigste Schlußfolgerung ist vielleicht nur die, daß endgültige Aussagen über die mögliche Zukunft einer politischen Opposition — und öffentlichen Meinung — in der Sowjetunion viel zu voreilig wären. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß der vom KGB gegen die Dissidenten verfolgte Kurs einige Ergebnisse erbracht hat. Die kleine Gruppe von unerschrockenen Männern und Frauen, die den Kampf um die Menschenrech-

<sup>9)</sup> In: *The New Leader*, 27. Mai 1974.

te in den Jahren 1967—1969 angeführt hatten, ist gebrochen worden, und zwar sowohl durch verschiedene repressive Maßnahmen wie durch die Tatsache, daß vielen von ihnen gestattet wurde, ihr Land zu verlassen. Falls die sowjetischen Behörden Erfolg haben sollten, alle jetzigen und potentiellen „Unruhestifter“ auszuweisen, so könnte das Land schließlich „Juden“ — wie auch „Intelligenzija-rein“ werden; es hängt nur ab von skrupellosen Karrieremachern, reaktionären Pseudo-intellektuellen und einer eingeschüchterten und entmutigten Bevölkerung.

Diese Gefahr scheint jedoch wohl kaum zu bestehen. Die Beseitigung des offenen Terrors — die zur Folge hat, daß die Strafen für den politischen Nonkonformismus zwar immer noch abschreckend, aber doch nicht mehr so grausam sind wie zu Stalins Zeiten — sowie die Tatsache, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung, wenn auch nicht offen, so doch tief und nachhaltig ist, ermuntert das Anwachsen unorthodoxer Ideen und könnte durchaus zu organisierten Formen der Opposition gegen das Regime führen. Auch die Entspannung ermutigt trotz all ihrer Irrtümer und Mängel den Dissens (obwohl es im Interesse der sowjetischen Führer liegt, die Dissidenten während der Verbesserung der Beziehungen zum Westen zu unterdrücken), schon allein deshalb, weil Entspannung ohne die Meinung der Weltöffentlichkeit unmöglich ist; und die Meinung der Weltöffentlichkeit ist sicherlich auf der Seite der KGB-Opfer und nicht umgekehrt.

Allein die Existenz der oben beschriebenen Debatten zeigt, daß der Geist des freien Denkens in Rußland nicht ausgelöscht worden ist — eine Schlußfolgerung, die auch durch das kürzliche Wiedererscheinen der *Chronik der laufenden Ereignisse* bestätigt wird. In Zukunft wird die Suche nach Lösungen für Rußlands Probleme nicht allein innerhalb der Grenzen der Sowjetunion stattfinden, sondern zusammen mit westlichen Denkern und der ständig anwachsenden Gemeinschaft der Russen im Exil. Die sowjetischen Behörden rech-

nen andererseits damit, daß diejenigen Dissidenten allmählich das Interesse der Öffentlichkeit verlieren werden, die, solange sie noch in der UdSSR waren, als Märtyrer galten und dann nach ihrer Ankunft im Westen Objekte für Sensationsmeldungen waren. Zweifellos werden die Behörden bis zu einem gewissen Grad Recht behalten. Doch Solschenizyn, Medwedew, Tschalidse, Litwinow und all die anderen werden wahrscheinlich weiterhin beträchtlichen Einfluß auf ihre Kollegen in der Sowjetunion ausüben. Ihre Ideen (durch den Rundfunk und einen sich möglicherweise ausweitenden Tourismus) können durchaus die Sammlung neuer Kräfte bewirken — ebenso mutige und vielleicht sogar noch resolutere als die, die in der Vergangenheit ihre Stimme erhoben und nach ihren Überzeugungen gehandelt haben.

Es wäre vermessen, die Art dieses zukünftigen Gedankenaustauschs oder seine Ergebnisse vorherzusagen, aber vielleicht sollten doch ein paar Gedanken darüber vorgebracht werden:

1. Innerhalb der „Demokratischen Bewegung“ wird es sicherlich unterschiedliche Meinungen über Probleme der Strategie und Taktik geben, aber sie werden wohl nicht zu festen Fronten zwischen den verschiedenen Protagonisten führen. In diesem Zusammenhang sollte folgendes betont werden: Obwohl die Differenzen zwischen den Anschauungen von Männern wie Sacharow, Solschenizyn und den Brüdern Medwedew recht erheblich sind, sind sie doch nicht so tiefgehend, wie oft angenommen wird. Medwedew mag sich fest an seinen Glauben an den Marxismus klammern, doch in seinem Buch über die sozialistische Demokratie (das demnächst in englischer Sprache erscheint), entlarvt er in scharfer Form die totalitäre Natur der sowjetischen Gesellschaft; seine praktischen Vorschläge gipfeln in einer Forderung nach einem Vielparteien-System in der UdSSR. Solschenizyn idealisiert das alte Rußland (kaum ein Modell des Fortschritts und der Demokratie), doch seine kompromißlose Forderung nach intellektueller Freiheit



stellt eine machtvolle Anklage gegen das Sowjetsystem dar. Andererseits sind diese Männer — was immer ihre Differenzen sein mögen — dann solidarisch, wenn einer von ihnen vom Regime angegriffen wird.

2. Insgesamt scheinen sich die Ansichten der „Demokraten“ zunehmend zu radikalisieren, wenn auch ihre Zahl abnimmt oder konstant bleibt. Die Beispiele Sacharow und Solschenizyn sind instruktiv. Sacharow hat sich in den letzten Jahren von einem zurückhaltenden zu einem unnachsichtigen Kritiker des Regimes gewandelt und auch Solschenizyn steigerte seine Forderungen und solidarisierte sich offen mit den Dissidenten — was zu tun er früher zurückgewiesen hatte. Auch stand in seinen früheren Werken (z. B. „Im ersten Kreis“ und „Krebsstation“) das stalinistische Rußland im Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Doch in seinem aufsehenerregenden Bericht „Archipel Gulag“, der Ende 1973 erschien, schreibt er die ideologischen und tatsächlichen Ursprünge des sowjetischen Terrors dem bislang sakrosankten Lenin zu. Die Tendenz, den Stalinismus nicht als eine Verirrung, sondern als integrierenden Bestandteil des von den Bolschewiki geformten Systems zu betrachten, war schon in den Schriften anderer *Samizdat*-Autoren aufgetaucht. In dem Maß, wie dieser Trend anhält, wird auch der Glaube anhalten, daß das Sowjetsystem weder durch Teilreformen noch durch die strikte Beachtung der „Sozialistischen Gesetzlichkeit“ geändert werden könne, sondern allein durch eine völlige Ablehnung der ideologischen, ökonomischen und politischen Grundlagen, auf denen es beruht.

3. Von der sich vertiefenden politischen Debatte unter den Dissidenten kann erwartet werden, daß sie sich auch Fragen zuwenden wird, die über die ursprünglichen Anliegen der Intelligenzija hinausgehen. Bisher haben

die Dissidenten ihre Appelle nicht an die breite Bevölkerung gerichtet und ihre Kritik wenig den allgemeinen Problemen zugewandt, wie etwa der sozialen Ungleichheit, der Ausbeutung der Bauern, den wirtschaftlichen Entbehrungen, den Wohnbedingungen etc. Aber es gibt Anzeichen für ein wachsendes Bewußtsein dessen, daß die Dissens-Bewegung, wenn sie größere Ausmaße annehmen soll, sich auch diesen Fragen widmen muß.

4. Schließlich dürfte sich die Fortdauer der innenpolitischen Unzufriedenheit als fruchtbarer Boden für die Ausbreitung von politischem Dissens überhaupt erweisen. Wie schon erwähnt, haben die Animositäten verschiedener ethnischer Gruppen den „Demokraten“ eine zumindest potentielle Basis für Massenunterstützung geliefert. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die nationalen Gefühle im Abnehmen sind, ganz im Gegenteil, sie wachsen an. Bei ihrer Suche nach einer gangbaren Strategie und Taktik können die politischen Dissidenten durchaus den Weg wählen, ihre Forderungen mit denen der *demokratischen* Nationalisten, etwa die der baltischen Länder, der Ukraine oder sogar Zentralasiens, zu verknüpfen und auch engere organisatorische Kontakte aufzunehmen.

All dies ist natürlich Spekulation, und es wäre schiere Torheit, sich über die Trends innerhalb der Dissidentenkreise mit Bestimmtheit zu äußern, und noch mehr, die Fähigkeit der sowjetischen Behörden zu ignorieren, sich mit ihnen zu messen, wenn sie je ernsthafte Ausmaße erreichen. Doch vorläufig sieht es noch immer so aus, als ob die politische Gärung und die Debatten andauern würden, und daß nichts außer einem vollständigen Zusammenbruch in den Ost-West-Beziehungen sie beenden und so das Rad der Geschichte zurückdrehen könnten.

## **Astrid von Borcke: Der Kreml und die Politik der Entspannung, Machtkonstellationen und Richtungskämpfe**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/74, S. 3—16

Dieser Aufsatz unternimmt den Versuch, die Debatten in der sowjetischen Führung über die innenpolitischen Voraussetzungen und Rückwirkungen der Entspannungspolitik zu umreißen. Die innenpolitische Problematik der „neuen“ sowjetischen Außenpolitik ist bislang kaum systematisch untersucht worden.

Den unmittelbaren Ausgangspunkt für die Darstellung der gegenwärtigen Ansichten der einzelnen sowjetischen Spitzenführer liefern in erster Linie die Reden der Mitglieder des Politbüros bei der Verleihung von „Orden der Völkerfreundschaft“ an die Unionsrepubliken, die um die Jahreswende 1973/74 geradezu kampagnenartigen Charakter annahmen. Die wichtigsten Stellungnahmen werden vor dem Hintergrund der Interessen der Hauptmachtapparate analysiert, als deren Vertreter die Führer weitgehend im Spitzengremium der Partei sitzen. Die Détente findet ihre ausgesprochensten Befürworter in den Kreisen der Außenpolitiker und Wirtschaftsführer; ambivalent ist die Einstellung der Vertreter des Polizeiapparates; und ihre Hauptgegner rekrutieren sich vor allem aus den Kreisen des Militärs und des Parteiapparates.

Angesichts dieser Grundorientierung der verschiedenen „Interessengruppen“ zeigen die Stellungnahmen der im Politbüro vertretenen Spitzenführer der Hauptmachtapparate jedoch z. T. überraschend individuelle Einschätzungen der politischen Lage. Der Chefideologe Suslow, nach Chruschtschows Sturz zusammen mit Selepin Sprecher der Rüstungslobby, distanziiert sich nun von der einseitigen Betonung des militärischen Faktors. Der angelegliche „Falke“ Andropov, der Leiter des KGB, befürwortet die neue Außenpolitik nachhaltig. Der für die Industrie zuständige Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mazurov sieht zwar die Notwendigkeit langfristiger wirtschaftlicher Kooperation mit den „kapitalistischen“ Ländern, warnt aber eindringlich vor den ideologischen Gefahren der Entspannungspolitik.

Erst vor dem Hintergrund der Interessen der Machtapparate und der verschiedenen Positionen der Spitzenführer wird auch das offizielle „Friedensprogramm“ mit seinen prima facie so frappierenden Widersprüchen erklärbar, ein Programm, zu dessen Sprecher sich Breznev gemacht hat.

## **Abraham Brumberg: Zur Opposition von Intellektuellen in der Sowjetunion**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/74, S. 17—29

Die erste Phase der Opposition von Intellektuellen in der Sowjetunion nach Chruschtschows Sturz währte von 1967 bis 1969. Sie ist charakterisiert durch Namen wie Wladimir Bukowskij, Pawel Litwinow oder Alexander Ginsburg, deren offener Protest gegen mißbräuchliche Praktiken der Justiz zur Gründung der „Demokratischen Bewegung“ führten, einer losen Vereinigung, der hauptsächlich Vertreter der Intelligenz angehören. Durch zahlreiche Verhaftungen und andere Repressionen seitens der sowjetischen Behörden endete etwa Mitte 1969 diese Form des öffentlichen Dissenses ziemlich abrupt.

Andererseits begann sich in der „Demokratischen Bewegung“ auch ein Differenzierungsprozeß abzuzeichnen. Manche Dissidenten, die als „Legalisten“ bekannt sind, beschränken sich in ihrer Opposition vor allem auf eine Kritik an der „sozialistischen Gesetzlichkeit“. Ihr bekanntester Vertreter ist das Akademiemitglied Andrej Sacharow, der 1970 zusammen mit zwei anderen Physikern, Andrej Twerdochlebow und Walerij Tschalidse, das Menschenrechtskomitee gründete, dessen Ziel es ist, für die Einhaltung der sowjetischen Gesetze zu kämpfen. Andere, die in ähnlicher Weise entschlossen sind, völlig innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu handeln, legen mehr Wert auf allmähliche wirtschaftliche, soziale und politische Reformen. Viele von ihnen — so der Historiker Roj Medwedew und sein Zwillingsbruder Shores (der sich wie Tschalidse jetzt im unfreiwilligen Exil im Westen befindet) — betrachten sich als treue Marxisten-Leninisten. Im Gegensatz zu diesen steht eine „konservative“ oder „slawophile“ Gruppe von Dissidenten, der auch Vertreter verschiedener Nationalitätenvereinigungen angehören.

In der Zeit seit 1970 wurde jedoch auch die Strategie einer breiteren Publizität („Glasnost“) entwickelt: Die Dissidenten nahmen Kontakt mit internationalen Organisationen (z. B. Amnesty International und der Internationalen Menschenrechtsliga) auf und erklärten ihre Anliegen als einen integralen Bestandteil und Gradmesser der west-östlichen Entspannungspolitik; insbesondere sind hier die Memoranden Sacharows zu nennen. In der Frage über den möglichen Erfolg eines etwaigen politischen Druckes von außen im Hinblick auf innenpolitische Reformen gibt es allerdings erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den sowjetischen Dissidenten. Das betrifft auch die publizistischen Einwirkungsmöglichkeiten von außen, wie sie gegenwärtig anlässlich der Schriften von Solschenizyn und der Gründung von Emigrantenzeitschriften diskutiert werden.